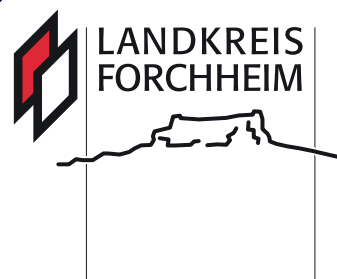


Jahresbericht 2019

Amt für Jugend, Familie und Senioren



DAS JUGENDAMT.
Unterstützung, die ankommt.



Die Mitarbeiter*innen des Amtes für Jugend, Familie und Senioren im Oktober 2019



Impressum

Landratsamt Forchheim
Amt für Jugend, Familie und Senioren
Am Streckerplatz 3
91301 Forchheim
Tel. 09191/86 23 00
Fax. 09191/86 23 08
Email: jugendamt@lra-fo.de

Gliederung:

	Seite
Vorwort	03
Jugendhilfeausschuss	05
Unterhaltsvorschuss	05
Förderung von Kindertageseinrichtungen	07
• Kindertagesstättenfachberatung	08
Förderung von Kindern in Tagespflege	12
Kommunale Jugendarbeit	15
Jugendsozialarbeit	16
• Jugendsozialarbeit an Schulen	16
• Jugendsozialarbeit i. F. der sozialpädagogischen betreuten Wohnform	17
• Jugendsozialarbeit, Förderprogramme	17
Kinder- und Jugendschutz	18
Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie	19
Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung bei der Ausführung der elterlichen Sorge und des Umgangsrecht	22
Gemeinsame Unterbringung von Müttern/Vätern mit ihren Kindern – Mutter-Kind-Unterbringungen	24
Betreuung und Versorgung in Notsituationen	24
Hilfe zur Erziehung (HzE) nach § 27 ff SGB VIII	25
• Individuelle Erziehungshilfen	28
• Soziale Gruppenarbeit	29
• Erziehungsbeistandschaft	29
• Sozialpädagogischen Familienhilfe (SPFH)	30
• Erziehung in einer Tagesgruppe	31
• Pflegekinderwesen	32
• Heimerziehung/sonstige betreute Wohnform	34
• Intensive pädagogische Einzelbetreuung	35
• Hilfe für junge Volljährige	35
• Inobhutnahme, Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen	36
• Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche	37
Mitwirkung im familiengerichtlichen Verfahren	39
Adoptionsvermittlung, Beistandschaften, Vormundschaften/Pflegschaften	39
• Adoptionsvermittlung	39
• Beistandschaften, Vormundschaften/Pflegschaften	42
• Beurkundungen, Beglaubigungen	43
Mitwirkung im Verfahren vor dem Jugendgericht	43
Jugendhilfeplanung	44
Koordinierende Kinderschutzstelle (KoKi)	46
Einrichtungen der Jugendarbeit/Jugendräume	48
Einrichtungen der Familienförderung, Stütz- und Förderklassen (SAFE)	49
Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstelle	50
Förderung von sonstigen Einrichtungen der Jugendhilfe	50
• Ambulante Jugendgerichtshilfe – AWO	50
• Kinderschutzbund	50
Staatliches Wächteramt/Gefährdungen	51
Unbegleitete minderjährige Ausländer	52
Fachstelle Seniorenplanung	53
Qualitätsentwicklung	55
Organisationsstruktur Amt für Jugend, Familie und Senioren	56
Presseberichte	57

Vorwort mit Schlusswort:**11 Jahre Jugendamtsleitung - ein Resümee**

Es war eine Zeit verbunden mit zahlreichen Herausforderungen.

Insbesondere erinnere ich mich da an die Flüchtlingswelle 2015, bei der entschlossenes Handeln, Zusammenhelfen und ein großes Stück an Flexibilität gefordert war.

Auch galt es in den zurückliegenden Jahren etliche personelle Engpässe zu überwinden und zeitnahe und praktikable Lösungen zu finden.

Es war eine Zeit der ständigen Weiterentwicklung sowie der kontinuierlichen Umsetzung neuer Gesetze und Verordnungen, die in immer engerer Taktung die Jugendhilfe erreichen.

Ich denke dabei auch an den seit dem Jahre 2013 geltenden Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab Vollendung des 1. Lebensjahres und den damit bis dato notwendigen, zahlreichen und ein hohes Maß an Überzeugungskraft fordernden Gesprächen in Gemeinden, bei politischen Entscheidungsträgern und nicht zuletzt mit den bis heute teils verzweifelt einen Betreuungsplatz suchenden Eltern.

Mangels ausreichend geschaffener Betreuungsplätze seitens der Kommunen baute das Jugendamt die Kindertagespflege kontinuierlich aus. Während im Jahre 2009 noch 93 Kinder in einer Tagespflegestelle betreut wurden sind es jetzt 178 Kinder. Gleichzeitig konnte die gesetzlich vorgeschriebene Ersatztagesbetreuung qualitativ weiter ausgebaut werden.

Der Ausbau der präventiven Angebote im Rahmen der Familienbildung war mir ein Anliegen. So wurden die präventiven Angebote zur Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern wie PAT, Opstapje und seit 2019 ELTERN TALK etabliert und ausgebaut. Auch die Einrichtung unserer drei Familienstützpunkte im Landkreis im Jahre 2017 mit ihren niedrigschwelligen Kontakt-, Beratungs- und Unterstützungsangeboten sind bei den Familien sehr gut angekommen. Für Familien, die auf Grund der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen An- und Herausforderungen zunehmend ohne Unterstützungsmöglichkeit innerhalb ihrer Familie allein auf sich gestellt sind, erweist sich dies Angebote als sehr wertvoll. Dazu zählen auch die Angebote der seit 2010 im Jugendamt bestehenden Koordinierende Kinderschutzstelle (KoKi), die ein großes Netzwerk aufgebaut hat und mittlerweile über Kinderkrankenschwestern und Familienhebammen Schwangere und junge Eltern berät, aufsucht und unterstützt und erfreulicherweise im letzten Jahr um eine halbe Stelle erweitert werden konnte.

Seit 2015 nimmt der Landkreis am Förderprogramm JUGEND STÄRKEN im Quartier teil, dessen Fokus insbesondere auf den Übergang Schule-Beruf gerichtet ist, auf Schulverweigerer sowie auf eine engere Vernetzung von Jugendamt-Jobcenter-Bundesagentur für Arbeit. So wurde 2019 u.a. die Jugendberufsagentur gegründet und die Grundlage für einen intensiveren Austausch auf der Arbeits- wie auch auf der Leitungsebene geschaffen.

Auch im Bereich der Verwaltung hat sich das Aufgabenvolumen wesentlich erhöht. Allein im Bereich des Unterhaltsvorschusses wurden seit 2017 die Anspruchsvoraussetzungen derart erweitert, dass der Kreis der Anspruchsberechtigten und damit die Fallzahlen sich verdreifachten.

Jugendhilfe ist wie alle Sozialleistungen ohne Zweifel mit einer hohen finanziellen Verantwortung verbunden. Auf fast alle Hilfen und Angebote besteht ein Rechtsanspruch. Es war mir wichtig, besonderes Augenmerk auf die Prüfung der Hilfen hinsichtlich deren Anspruchsvoraussetzungen, deren Notwendigkeit wie auch auf die konsequente Steuerung der laufenden Hilfen zu legen.

Im Laufe der Jahre ist es gelungen, innerhalb der stationären Hilfen eine Verschiebung dahingehend zu erreichen, dass die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Jugendhilfeeinrichtungen reduziert und dafür die Zahl der Unterbringungen in Pflegefamilien erhöht werden konnte. Während wir im Jahre 2009 62 Kinder in Vollzeitpflege untergebracht

hatten waren es Ende 2019 116 Kinder in Pflege; demgegenüber sank die Anzahl der Unterbringungen in Einrichtungen um knapp 22%.

Wie alle anderen Jugendämter stellen auch wir eine massive Zunahme der Verhaltensauffälligkeiten und psychischen Krankheitsbilder bei Kindern und Jugendlichen fest. Diese Kinder und Jugendlichen benötigen eine intensive und enge Betreuung. Therapeutische Einrichtungen müssen daher zunehmend angefragt werden.

Die Gewährleistung des Kinderschutzes aber war und ist das wichtigste Anliegen für unsere Arbeit. Die Zahl der Gefährdungsmeldungen, die fast täglich eingehen, veränderte sich im Laufe der 11 Jahre von 194 Meldungen im Jahre 2009, über 357 im Jahr 2011 auf 176 Meldungen im vergangenen Jahr. Eine fundierte Prüfung dieser Meldungen zum Kinderschutz ist eines der schwierigsten und folgenschwierigsten Aufgaben im Jugendamt. Im Laufe der Jahre sind die Menschen und insbesondere die zahlreichen Netzwerkpartner, mit denen wir als Jugendamt zusammenarbeiten, diesbezüglich sehr sensibel geworden. Insbesondere die seit Jahren gewachsene gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Kitas, Schulen, Trägern, Ärzten, Gesundheitsberufen, Polizei, die durch die Zusammenarbeit in verschiedenen Arbeitskreisen intensiviert wird, trägt zu mehr Aufmerksamkeit und damit verbunden zu einem Anstieg der Gefährdungsmeldungen bei. Die Prüfung dieser Meldungen besitzt stets oberste Priorität.

Ausschau:

Im Jahre 2019 begannen wir bereits in einzelnen Bereichen mit der Digitalisierung im Jugendamt. Für 2020/2021 wird die Digitalisierung für alle Bereiche des Jugendamtes umzusetzen sein. Diesen Schritt gilt es, gemeinsam und besonnen mit den Mitarbeitern zu gehen.

Die nächste große Herausforderung steht mit dem ab dem Jahre 2025 geltenden Anspruch auf Betreuung für Grundschulkinder bevor. Dieser Anspruch wird wie der Anspruch auf Kindertagesbetreuung unter der Federführung des Jugendamtes umzusetzen sein. Die Jugendhilfeplanung wird diese gesetzliche Vorgabe maßgeblich z.B. durch die regelmäßige Erstellung von Bedarfsanalysen begleiten.

Arbeiten im Jugendamt heißt immer, sich ständigen gesellschaftlichen wie auch gesetzlichen Veränderungen und damit immer neuen Herausforderungen zu stellen.

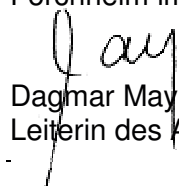
Bedingt durch das sich stets erweiternde Aufgabenvolumen stieg auch die Zahl der Mitarbeiter im Jugendamt auf nun 55 Kolleginnen und Kollegen an. Die Anforderungen an die Mitarbeiter sind zweifelslos sehr hoch.

Daher möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich für das große und stete Engagement meiner Kolleginnen und Kollegen sowie die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren bedanken. Gerade in Krisensituationen bewährte sich hier Professionalität wie auch der Teamgeist.

Mein Dank für die letzten 11 Jahre gilt auch allen Netzwerkpartnern sowie den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses, die dazu beigetragen haben, neue Ideen zu entwickeln, zu überdenken und Entscheidungen zu treffen.

Es war eine auch persönlich herausfordernde Zeit, in der viele Hürden zu überwinden waren. Es war aber auch eine sehr abwechslungsreiche Zeit mit vielen guten Begegnungen, Gesprächen und Ereignissen, an die ich mich gerne erinnern werde.

Forchheim im Mai 2020



Dagmar May
Leiterin des Amtes für Jugend, Familie und Senioren

Jugendhilfeausschuss

Die Aufgaben des Jugendamtes werden durch den Jugendhilfeausschuss und durch die Verwaltung des Jugendamtes wahrgenommen (§ 70 Abs. 1 SGB VIII).

Der Jugendhilfeausschuss befasste sich im Jahre 2019 u. a. mit folgenden Themen:

- Einführung des Familienförderprogramm Elterntalk
- Entwicklung der Familienstützpunkte im Landkreis Forchheim
- Vorstellung der Homepage FamilienLeben
- Anpassung der Vollzeitpflegerichtlinien 2019
- Kindertagespflege
- Ausbau der Förderstruktur der Erziehungsberatungsstelle
- Jahresberichte
- Sachstandsbericht Kindertagesbetreuung
- Anpassung der Richtlinien für die Kindertagespflege
- Bericht 2019-Umsetzung des Maßnahmeplans 2016 der Jugendhilfeplanung
- Inobhutnahme - Familiäre Bereitschaftsbetreuung
- Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)
- Entwurf des Teilhaushalts des Amtes für Jugend, Familie und Senioren 2020
- Änderungen der Ausschussbesetzung

1. Unterhaltsvorschuss

Produkt: staatl. Leistung

Anspruchsgrundlage:

Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) mit Verwaltungsvorschriften, Art. 62 AGSG

Gesetzlicher Auftrag:

Es handelt sich hier um eine staatliche Leistung.

Bis zum 30.06.2017 erhielten alleinerziehende Mütter und Väter mit Kindern bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres Unterhaltsvorschuss für die Dauer von maximal 72 Monaten, wenn die Unterhaltszahlungen nicht oder nicht ausreichend erfolgten.

Zum 01.07.2017 ist das neue Unterhaltsvorschussgesetz in Kraft getreten.

Aufgrund der Gesetzesänderung ist der Gewährungszeitraum von maximal 72 Monaten weggefallen und der Anspruch für Kinder bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres, wurde bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres ausgeweitet.

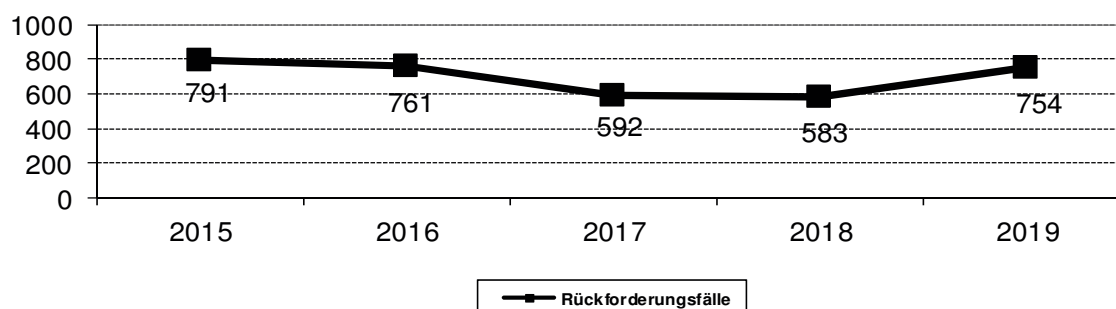
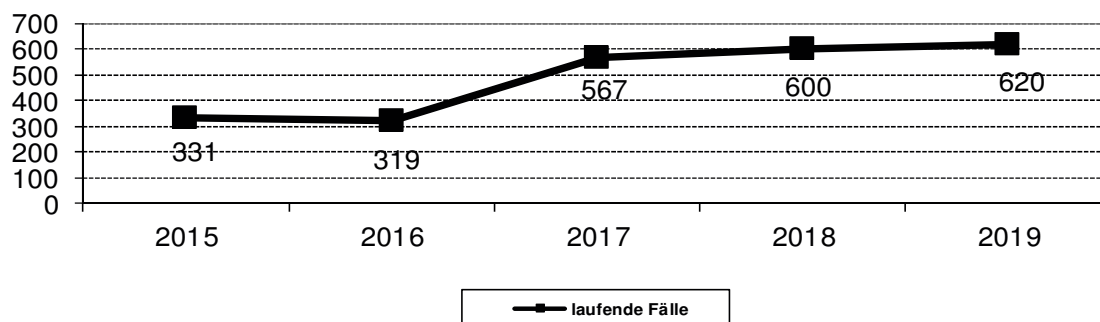
Für Kinder ab der Vollendung des 12. Lebensjahres sind die weiteren Anspruchsvoraussetzungen zu prüfen. Leistungsberechtigt sind Kinder, wenn sie keine Leistungen nach dem SGB II beziehen oder durch die Unterhaltsvorschussleistung die Hilfebedürftigkeit vermieden werden kann oder der alleinerziehende Elternteil über ein Einkommen in Höhe von mindestens 600 € brutto verfügt.

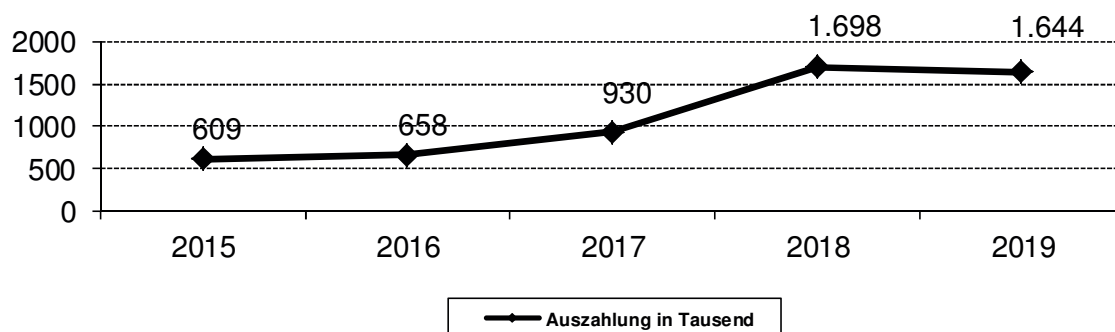
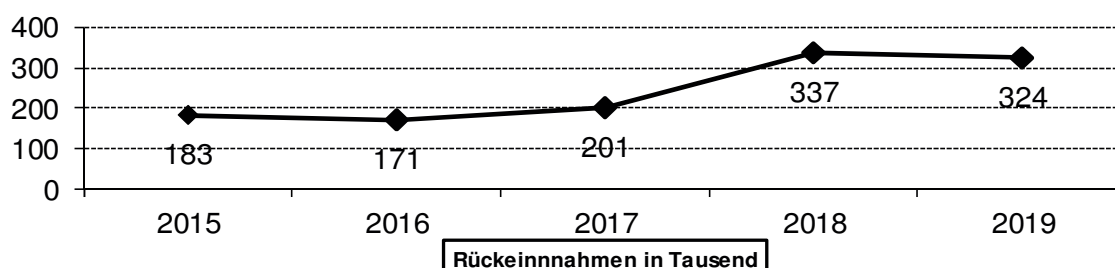
Für Kinder, die keine allgemeinbildende Schule mehr besuchen, sind deren Einkünfte des Vermögens und Erträge der zumutbaren Arbeit, in demselben Monat anzurechnen, in dem diese erzielt werden. Die Einkünfte und Erträge sind nur zur Hälfte zu berücksichtigen.

Die Höhe der Leistungen im Einzelfall, die Zahl der Empfänger von Unterhaltsvorschuss und die Entwicklung der Ausgaben aber auch der Einnahmen in den letzten Jahren ist der Tabelle zu entnehmen.

Fallzahlenentwicklung:

	2015	2016	2017	2018	2019
Anträge	192	173	600 (128 bis 30.06. + 472 ab 01.07.)	282	280
laufende Fälle	331	319	567	600	620
noch in Bearbeitung	49	22	131	93	74
Rückforderungsfälle (§ 7)	645	625	478 (Stand 30.06.17)	583	665
Rückforderungsfälle (§ 5)	146	136	114 (Stand 30.06.17)	keine Angaben	89
Einstellungen	118	114	96	118	156
Ablehnungen, Anträge zurückgenommen, sonstiges	33	18	45	118	91
Leistungen in 1.000,00 €	608,66	658,44	930,69	1.697,96	1.643,85
Rückentnahmen v. UH- Pflichtigen	183,26	171,20	201,70	336,74	324,64
Rückholquote Forchheim in %	30,46	26,39	21,67	19,83	20,04
Rückholquote Bayern in %	35,76	35,35	27,00	n. n. bekannt	n. n. bekannt



Ausgaben:**Rückennahmen:****2. Förderung von Kindertageseinrichtungen****Produkt: 361100****Anspruchsgrundlage:**

§§ 22, 22a, 24, 90 SGB VIII, BayKiBiG

Gesetzlicher Auftrag:

Kindertageseinrichtungen (Kitas) sind Einrichtungen, in denen sich Kinder für einen Teil des Tages oder ganztägig aufhalten und in Gruppen gefördert werden.

Anspruch auf Förderung in einer Kita haben seit 01.08.2013 Kinder ab dem vollendeten 1. Lebensjahr bis zum Schuleintritt.

Kindertageseinrichtungen sollen

- die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit fördern
- die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützen und ergänzen
- den Eltern dabei helfen, Erwerbstätigkeit und Kindererziehung besser miteinander vereinbaren zu können.

Kampf gegen die Kita-Krise

Maßnahmen zur Schaffung von **KINDERBETREUUNGSPLÄTZEN** nehmen Fahrt auf. VON BIRGIT HERRNLEBEN

Nordbayerische Nachrichten vom 14.05.2019

2.1. Gebührenübernahme

Für einkommensschwache Eltern werden die Gebühren übernommen bzw. ein Zuschuss gezahlt. Das gleiche gilt für die Einnahme des Mittagessens, wenn den Eltern die Aufbringung der Mittel nicht zumutbar ist. Der Eigenanteil der Eltern beträgt 1 €.

Entwicklung in den letzten Jahren:

Kindertagesstättenjahr	15/16 Stand 31.12.2015	16/17 Stand 31.12.2016	17/18 Stand 31.12.2017	18/19 Stand 31.12.2018	19/20 Stand 06.03.2020
Neuanträge	787	795	705	638	375
Gebührenübernahme	592	535	587	518	242
Kindergärten	452	452	471	413	235
Kinderhorte	151	142	121	109	66
Kinderkrippen	99	117	91	85	60
Sonstiges	85	78	22	31	14
Ablehnungen	62	109	71	72	16
Nicht bearbeitet	133	151	47	48	84

2.2. Kindertagesstättenfachberatung

Auftragsgrundlage:

§ 45 SGB VIII und BayKiBiG

Gesetzlicher Auftrag:

Kindergärten, Krippen, Horte und Häuser für Kinder in denen Kinder und Jugendliche ganztägig oder für einen Teil des Tages betreut werden, unterliegen der Aufsicht des Staates und bedürfen deshalb einer Betriebserlaubnis.

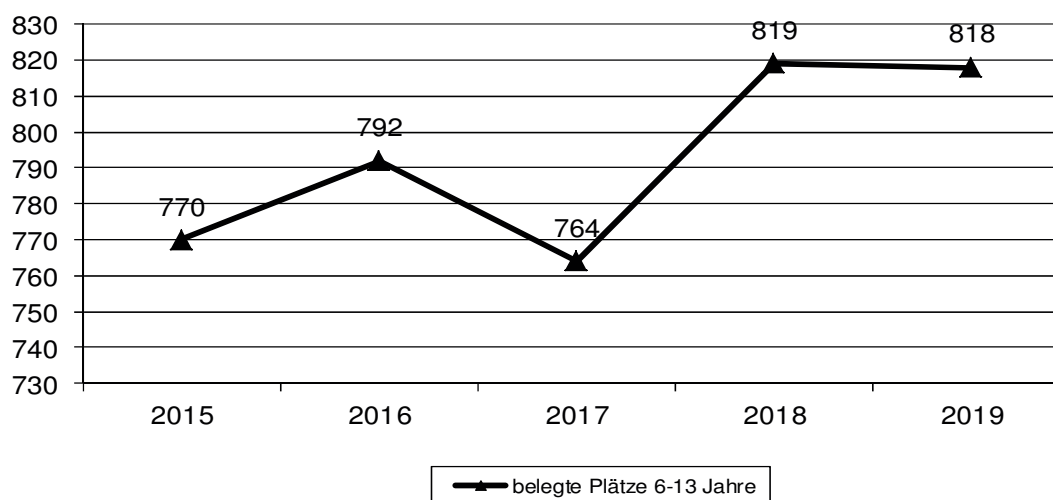
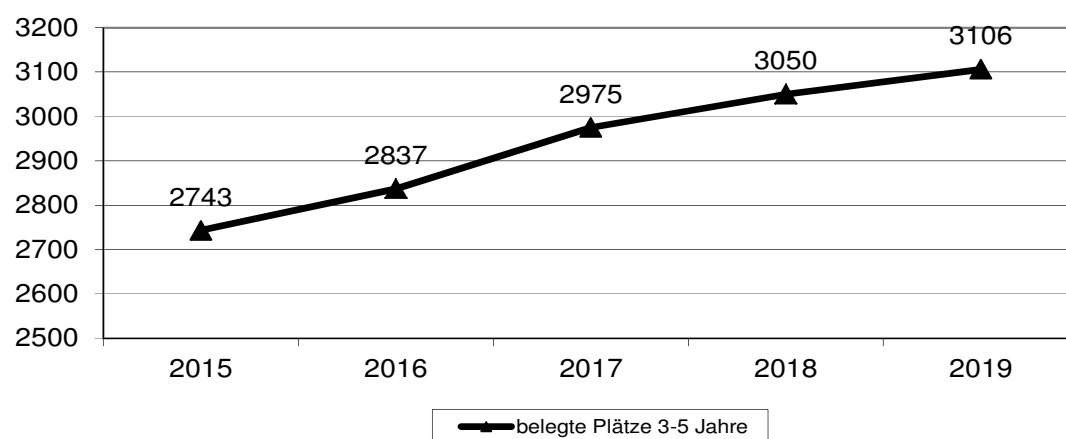
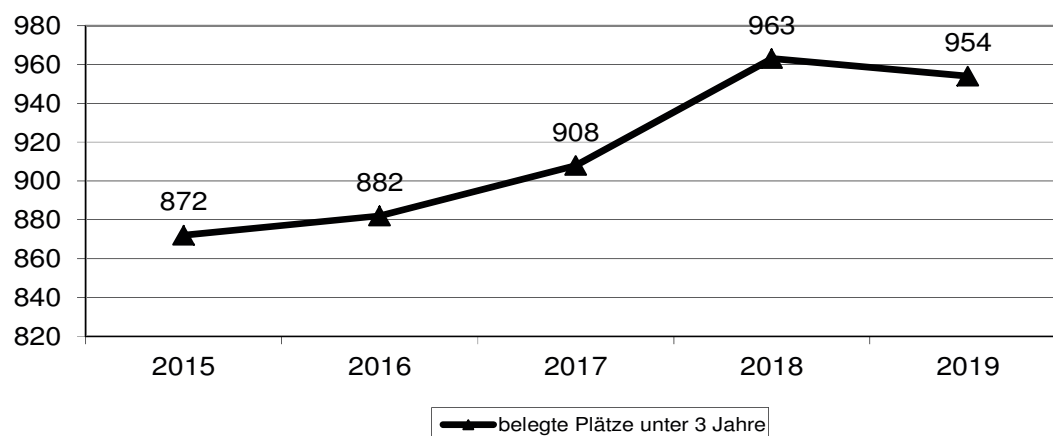
Zum Aufgabenspektrum zählen die Fach- und Rechtsberatung von Trägern und deren Personal, von Eltern und von Gemeinden sowie die Kooperation mit den jeweiligen Trägerverbänden und der Regierung von Oberfranken. Auch die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Akteuren im Sozialraum zur Sicherung und Weiterentwicklung von qualitativen Strukturen ist eine zentrale Kernaufgabe.

Das Jugendamt ist die Bewilligungsstelle für den staatlichen Anteil der kindbezogenen Förderung nach dem BayKiBiG.

Zudem liegt die Gesamtverantwortung für die Bedarfsplanung beim Amt für Jugend, Familie und Senioren. Die Kommunen sind zur Abstimmung der örtlichen Planung mit der Jugendhilfeplanung verpflichtet.

Entwicklung in den Berichtsjahren (Stand: 01.03. des Jahres)

	2015	2016	2017	2018	2019
Zahl der Einrichtungen	80	83	83	84	84
zur Verfügung stehende Plätze	4 870	5 021	5 075	5 156	5132
belegte Plätze	4 385	4 511	4 647	4 832	4878
unter 3 Jahre	872	882	908	963	954
3-5 Jahre	2 743	2 837	2 975	3 050	3106
6-13 Jahre	770	792	764	819	818



Ausbau von Kindertageseinrichtungen

Der quantitative Ausbau der Kindertagesbetreuung setzt sich kontinuierlich fort. Er resultiert aus der anhaltenden Nachfrage nach Betreuungsplätzen. Für viele Familien ist ein bedarfsgerechtes Angebot inzwischen zu einem wichtigen Faktor bei der Familien- und Lebensplanung geworden. Das verfügbare Platzkontingent entspricht jedoch nicht immer dem Bedarf. Insbesondere im Stadtgebiet Forchheim sind die angebotenen Platzkapazitäten nicht ausreichend. Das bedeutet für die Kommunen, dass sie gemäß dem Sicherstellungsgebot weiterhin große Anstrengungen unternehmen müssen, um Plätze zu schaffen. Allerdings ist gerade die Quote der Inanspruchnahme von Krippenplätzen nicht verlässlich planbar. Familien mit Kleinkindern entscheiden mitunter heterogen, was die frühkindliche Betreuungsform angeht.

Festzustellen ist jedoch, dass die Inanspruchnahme der institutionalisierten frühkindlichen Betreuung dominiert. Die Nachfrage gerade im südlichen Landkreis in enger Nähe zu den Städten Erlangen-Fürth-Nürnberg und im Stadtgebiet Forchheim befindet sich auf einem sehr hohen Niveau.

Durch Errichtung von Provisorien werden Übergangslösungen zur Deckung von akutem Platzmangel geschaffen. In zahlreichen Kommunen sind parallel Planungen und Baumaßnahmen im Gang, um bestehende Einrichtungen zu erweitern. Auch Neubauten sind beabsichtigt. Finanziell wird die Ausbautätigkeit weiterhin mit Mitteln des Bundes unterstützt. Neben der Erweiterung von Regeleinrichtungen wurde im Landkreis eine weitere Waldkindergartengruppe eröffnet. Diese pädagogische Ausrichtung im Aufenthaltsbereich von Wald und Natur erfreut sich steigender Nachfrage und kann als Ergänzung zu gebäudebezogenen Einrichtungen betrachtet werden.

Waldkindergarten wäre eine mögliche Lösung

Nicht nur Bürgermeister Nekolla verschlug es die Sprache bei Feststellung des Bedarfs an Kinderbetreuung
Nordbayerische Nachrichten vom 23.02.2019

Die Ausbaudynamik und die damit verbundenen planerischen Herausforderungen ergaben einen Schwerpunkt in der fachaufsichtlichen Tätigkeit. Eine Vielzahl von Trägern nimmt die Beratung zu raumkonzeptionellen Fragen sowie zur pädagogischen Weiterentwicklung der Gesamteinrichtung in Anspruch.

Bestehende Kindertageseinrichtungen

Eine der zentralen Aufgaben war die Prüfung der pädagogischen Konzeption von Kindertageseinrichtungen, die Bestandteil der behördlich erteilten Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII ist. Die Konzeption ist eine förderrechtliche Voraussetzung und die Grundlage für die Erfüllung des geforderten Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrags. Außerdem ist sie eine unentbehrliche Maßnahme für die Qualitätssicherung und -entwicklung in jeder Kita. Die Konzeption ist regelmäßig fortzuschreiben und den aktuellen Entwicklungen anzupassen.

Anfragen aus den Kindertageseinrichtungen sowie von Trägern zur Sicherung von Mindeststandards in Bezug zur Gruppenstärke und zu Personaleinsatz, zu pädagogischen Themen oder zu betriebsorganisatorischen Abläufen konnten lösungsorientiert beantwortet werden. Verstärkt melden sich auch Eltern mit Fragen zur Mitbestimmung, Mitwirkung sowie zu den geltenden Grundlagen für den Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag in der Kita. Dadurch wird eine zunehmend anspruchsvolle und einfordernde Erwartung von Eltern gegenüber der Kita deutlich. Auch Anfragen von pädagogisch Mitarbeitenden aus den Einrichtungen nehmen zu.

Eine Herausforderung bei der Versorgung mit Kita Plätzen stellen Familien mit Migrationshintergrund dar. Ähnlich angespannt gestaltet sich die wohnortnahe Bereitstellung von geeigneten Plätzen für Kinder mit speziellem Förderbedarf. Die Einrichtungen sind im Rahmen ihrer Möglichkeiten gefordert, integrative Kinder aufzunehmen. Dafür sind spezifische Konzepte und passende Strukturen zu entwickeln.

Belegprüfungen in den Kindertageseinrichtungen

Mehrere Belegprüfungen wurden durchgeführt. Es wurde stichprobenartig überprüft, ob die Träger der Kindertageseinrichtungen die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen für die kindbezogene Förderung erfüllt haben. Es gab eine förderrechtlich relevante Beanstandung mit Rückzahlungsforderung.

Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen

Als anhaltend sehr problematisch ist der Fachkräftemangel in den Kindertageseinrichtungen zu betrachten. Er kann in zunehmenden Maß zu Qualitätsverlusten führen und die erwartete und notwendige Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsqualität in dem fundamental veränderten Aufgabenbereich der Kindertagesbetreuung gefährden. Zudem können Kinder wegen fehlendem Personal oftmals nicht aufgenommen werden.

Seitens des zuständigen Ministeriums wurden zwar neue Ausbildungsmodelle entwickelt, um den Zugang zu den pädagogischen Berufen zu erleichtern. Der Mangel in dem durch Expansion boomenden Arbeitsfeld konnte damit bisher aber nicht effektiv behoben werden. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist in den kommenden Jahren eine große Anzahl von Stellen im Kindertagesstättenbereich neu zu besetzen.

Trägerverantwortliche müssen sich also weiterhin mit Engpässen arrangieren, was zulasten des bestehenden Personals und der Einrichtungsleitung geht. Insbesondere die Leitung nimmt in der Qualitätsdiskussion eine entscheidende und aktiv steuernde Schlüsselfunktion ein, was aber durch den häufigen Einsatz im Gruppendienst erheblich beeinträchtigt wird. Zur Entschärfung der Situation sind zumindest verwaltungsorganisatorische Aufgaben an zuständige Verwaltungskräfte auszulagern.

Anfang 2019 ist das sog. „Gute-Kita-Gesetz“ in Kraft getreten, das für eine bessere Qualität in den Kindertageseinrichtungen sorgen soll. Die Bundesmittel werden in Bayern für drei Bereiche eingesetzt:

- Entlastung der Eltern durch Erweiterung der Beitragsfreiheit
- Unterstützung der Einrichtungsleitung durch einen Verwaltungs- und Leitungsbonus
- Stärkung der Kindertagespflege

Fortbildung für Personal in den Kindertageseinrichtungen

Für die fachliche Qualitätssicherung des pädagogischen Personals sowie der Leitungen fanden im Landratsamt mehrere Fortbildungen mit Fachreferent*innen statt. Die Veranstaltungen waren sehr gut besucht und wurden mit Mitteln des Landratsamtes gefördert.

Auch die regelmäßigen Arbeitskreise sind ein fester Bestandteil für die fachliche Qualitätssicherung in den Kindertageseinrichtungen. Der „AK Kommunal“ für kommunale Leitungen, der „AK Hort“ für Mitarbeitende aus dem Hort sowie der „AK Krippe“ für Mitarbeitende aus dem Krippenbereich kommt jeweils 4x im Jahr abwechselnd in unterschiedlichen Einrichtungen zusammen. Neben der Bearbeitung von fachlichen Schwerpunktthemen dienen die Treffen der Informationsweitergabe von fachpolitischen, pädagogischen und gesetzlichen Entwicklungen im Kindertagesstättenbereich sowie zum kollegialen Austausch und zur Netzwerkbildung.

Im Juni 2019 fand an zwei Terminen eine Träger-Leitungs-Konferenz mit verschiedenen Fachthemen und Beiträgen statt. Im November 2019 folgte die turnusmäßige Leitungskonferenz. Die beiden halbtägigen Veranstaltungen wurden sehr gut angenommen. Im Rahmen der Kooperation Kindergarten/Grundschule wurden mehrere Tandem Veranstaltungen für Lehrkräfte und pädagogisches Personal angeboten, die ebenfalls sehr gut besucht wurden.

Informationsportale auf der Website des Landratsamtes

Träger können bei der Personalakquise auf die Stellenbörse für Kindertageseinrichtungen auf der Website zurückgreifen.

Eltern können sich auf der Suche nach einem Betreuungsplatz auf der regelmäßig aktualisierten Platzbörse auf der Website über die frei gemeldeten Plätze in der Region Forchheim informieren.

3. Förderung von Kindern in Tagespflege**Produkt: 361200****Anspruchsgrundlage:****§§ 23,24, 90 SGB VIII, BayKiBiG****Gesetzlicher Auftrag:**

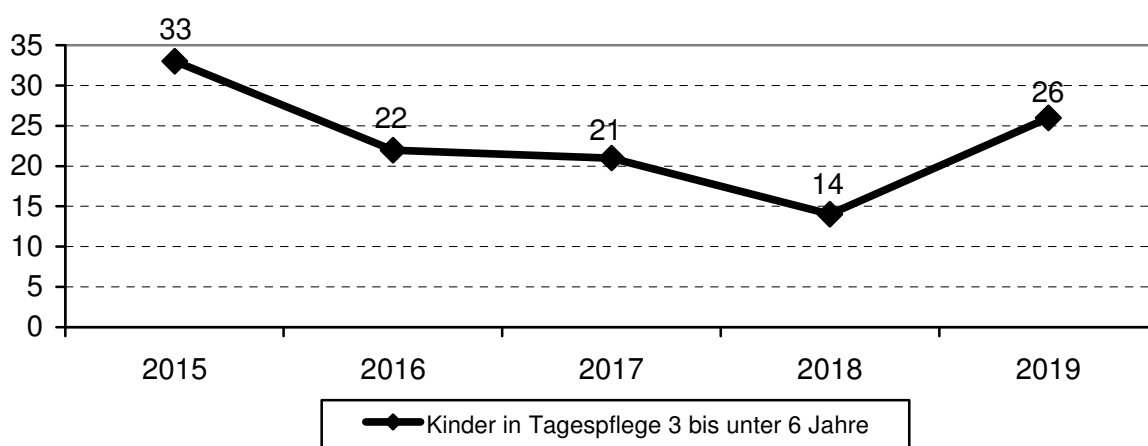
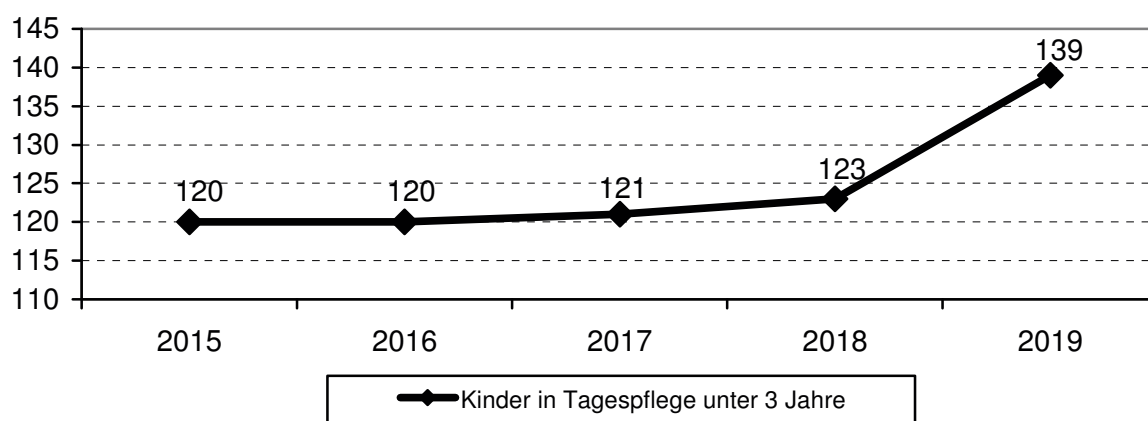
Kindertagespflege wird von einer geeigneten, überprüften und qualifizierten Tagespflegeperson in ihrem Haushalt oder im Haushalt der Personenberechtigten geleistet. Seit 01.08.2013 haben Kinder ab dem ersten Lebensjahr Anspruch auf einen Krippenplatz bzw. Kindertagespflege.

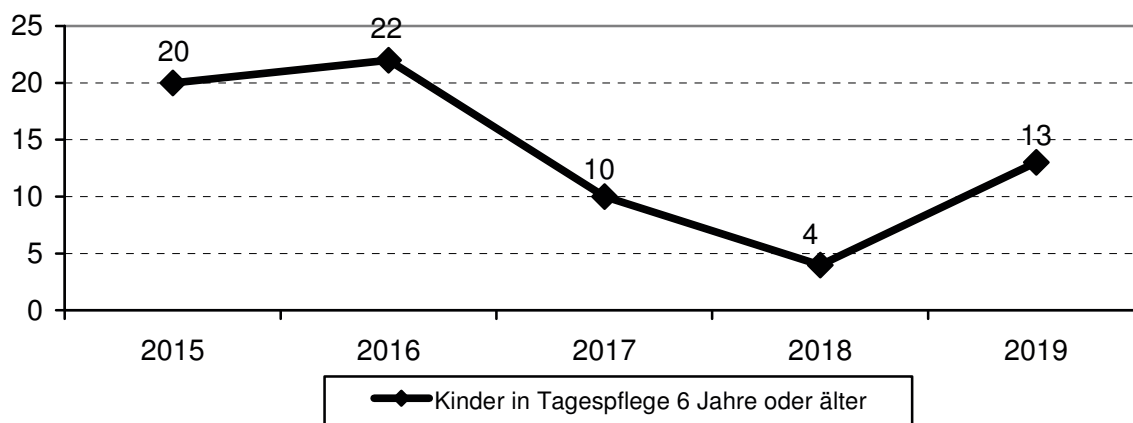
Fallzahlen

2019 blieb die Anzahl der Tagespflegekinder – trotz weiterem Krippenausbau – auf hohem Niveau. Am 31.12.2019 wurden 178 Kinder aus dem Landkreis Forchheim von einer Tagespflegeperson betreut, im Vorjahr waren es 152. 17 Kinder (Vorjahr: 17) wurden aus anderen Städten und Landkreisen im Landkreis Forchheim betreut.

Im Vergleich zum Vorjahr veränderte sich die Verteilung auf die Altersgruppen. In Klammern die Vorjahreszahl.

0 bis unter 3 Jahren	139	(123)
3 bis unter 6 Jahren	26	(14)
6 Jahre oder älter	13	(4)





In 52 Fällen, im Vorjahr waren es 54 Fälle, wurde der Elternbeitrag in voller Höhe oder teilweise vom Amt für Jugend und Familie übernommen. Insgesamt entspricht dies einer Quote von 34% (Vorjahr 35%).

Der Anteil der Kinder unter drei Jahren (Hauptzielgruppe der Tagespflege) ist gleich geblieben trotz Krippenausbau. Dies zeigt, dass die Kindertagespflege von den Eltern weiterhin als eine echte Alternative zur Krippenbetreuung angesehen wird.

Die Zahl der sog. Regelkinder (Kinder ab drei Jahren bis zur Einschulung) hat sich erhöht. Diese Kinder wurden teilweise ergänzend zu einer Kindertageseinrichtung betreut, weil deren Öffnungszeiten nicht ausreichend waren (wenn allein erziehende Elternteile beispielsweise im Schichtdienst arbeiteten, Tagespflege war teilweise auch am Samstag erforderlich) oder haben keinen Kindergartenplatz erhalten.

Die Zahl der über 6-jährigen ist im Vergleich zum Vorjahr stark gestiegen.

Von den betreuten Kindern sind 26 (2018:11, 2017:14, 2016:30) ausländischer Herkunft, davon 19 unter 3 Jahren.

Qualifizierung

Das Weiterbildungsprogramm umfasste 20 Kurse, die zum Teil für die Tagespflegepersonen verpflichtend sind, wie z.B. Umgang mit Kindeswohlgefährdung.

Nahezu alle Tagespflegepersonen bildeten sich im Jahr 2019 mit mehr als 25 Fortbildungsstunden weiter (verpflichtend sind 15 Stunden/Jahr).

Ersatzbetreuung Stadt Forchheim

Die Ersatzbetreuung im Tageskindertreff im Haus Barbara wird von Tagespflegepersonen und Eltern sehr gut angenommen. Das ganze Jahr über hat permanent Ersatzbetreuung stattgefunden. Die Spielgruppen konnten meistens parallel stattfinden, außer in den Ferienzeiten.

Die Ersatzbetreuung schließt an max. 15 Tagen pro Jahr.

Ersatzbetreuungstage: 2019: 126 (2018: 175, 2017: 152, 2016: 143, 2015: 143) von 238 möglichen Tagen.

2019 besuchten in Forchheim 17 Tagespflegepersonen (2018:18, 2017: 20, 2016:16) den Tageskindertreff in 5 Spielgruppen. Dabei wurden 60-71 Kinder pro Woche mitbetreut. Das bedeutet eine Gruppengröße pro Tag von bis zu 15 Kindern. Im Konzept wurde von max. 10 Kindern ausgegangen. Findet gleichzeitig Ersatzbetreuung statt, wird eine oder mehrere Tagespflegeperson von der Spielgruppe ausgeladen oder die Tagespflegepersonen kommen zeitlich versetzt.

Der Tageskindertreff leistet neben der Ersatzbetreuung mit den Spielgruppen die fachpraktische Anleitung und Beratung der Tagespflegepersonen in Forchheim und dem näheren Umkreis. Auch in diesem Sommer wurden für die Eltern, Kindern und Tagespflegeperson drei Sommerfeste angeboten, die sehr gut besucht waren.

Ersatzbetreuung südlicher Landkreis

Die Ersatzbetreuung im Tageskindertreff „Wuschelstube“ wird von den Eltern jedes Jahr mehr angenommen. Im Vergleich zu 2018 haben sich die von Eltern in Anspruch genommenen Ersatzbetreuungstage fast verdoppelt (von 2018: 31 Tagen auf 56 Tage: 2019). Im September 2019 kamen zwei weitere Tagespflegepersonen mit ihren Kindern für die Ersatzbetreuung Wuschelstube hinzu. Deshalb war es notwendig die Spielgruppen auf fünf Tage pro Woche zu erweitern. Daraus resultierend waren auch die Arbeitsstunden des Personals zu erhöhen um insgesamt 12 Stunden/Woche. Die angegliederten Tagespflegepersonen schätzen und nutzen die fachpraktische Anleitung des Fachpersonals.

Die Ersatzbetreuung war an 20 Tagen im Jahr 2019 geschlossen.

Den Tageskindertreff „Wuschelstube“ in Weißenhohe besuchten 11 (2018:9) Tagespflegepersonen mit insgesamt 43 (2018: 37) Kindern, zum 31.12.19 waren es 27 Kinder (31.12.18: 19) in fünf (2018: 3) Spielgruppen. An 56 (2018: 31, 2017: 27) Tagen wurde von den Eltern Ersatzbetreuung in Anspruch genommen.

Als Gemeinschaftsaktion gab es einen Martinsumzug mit Eltern, Kindern und Tagespflegepersonen.

In Kooperation mit der Ersatzbetreuung fand im Juli eine Wanderung und im Dezember eine Adventsfeier mit den Tagespflegepersonen statt.

Tagespflegepersonen

Von Januar 2019 - November 2019 fand ein Qualifizierungskurs statt. 11 Teilnehmerinnen und ein Teilnehmer haben sich erfolgreich als Tagespflegeperson qualifiziert. Insgesamt haben fünf Tagespflegepersonen 2019 ihre Arbeit als Tagespflegeperson begonnen. Fünf Tagespflegepersonen haben ihre Arbeit 2019 beendet.

Neue Mütter für das Land

KINDERBETREUUNG Der Bedarf an Tagespflege für Kleinkinder ist groß im Landkreis. Eine Alternative zur Krippe sind Tagesmütter. Das Landratsamt bietet einen Qualifizierungskurs an.

Fränkischer Tag vom 15.01.2019

Dadurch ist die Anzahl der Tagespflegepersonen im Jahr 2019 fast gleich geblieben bei 46 (2018: 45), davon sind 3 nur als Ersatzbetreuungsperson tätig. 6 (2018: 6) Tagespflegepersonen (incl. Ersatzbetreuung) arbeiten in einer Großtagespflegestelle.

Von den 46 Tagespflegepersonen arbeiten in der Stadt Forchheim 16 und 10 im südlichen Landkreis. Zusätzlich gibt es zwei Großtagespflegestellen: Forchheim (3), Heroldsbach(3),

Beratung von suchenden Eltern und Vermittlung von Tagespflegepersonen

138 (2018: 148) Eltern fragten 2019 nach einem Tagespflegeplatz. Davon sollten 5 Kinder unter einem Jahr betreut werden (2018: 13), für 1-3 Jährige gab es 99 Anfragen (2018: 106), Kindergartenkinder 22 (2018: 25), Schulkinder 12 (2018: 4). Randbetreuungen zusätzlich zu Kita oder Schule stiegen wieder auf 16 (2018: 10) (2017: 22), 2016: 42), nur Ferien 5 (2018: 6).

Ab September gab es vor allem in der Stadt Forchheim keine freien Plätze mehr und es musste eine Warteliste angelegt werden.

Es fragten 6 (2018: 18) Flüchtlings/Asylbewerberfamilien nach einem Betreuungsplatz, meistens wegen einem Sprachkurs der Eltern.

Die Anfragen nach Betreuungsplätzen betrifft v.a. die Stadt Forchheim 72 (2018: 77), Raum Neunkirchen 14 (2018: 27), Ebermannstadt, Pretzfeld, Kirchehrenbach, Wiesenthau, Schlaifhausen 18 (2018: 7), Eggolsheim 12 (2018: 12), Igensdorf, südlichen Landkreis 6 (2018: 21, 2017: 16), Egloffstein, Obertrubach, Gößweinstein 3 (2018: 4), Anfragen aus dem Landkreis Erlangen-Höchstadt 5.

4. kommunale Jugendarbeit**Produkt: 362900****Anspruchsgrundlage:**

§§ 2,11, 12 SGB VIII, § 30 AGSG

Gesetzlicher Auftrag:

Jungen Menschen sind zur Förderung ihrer Entwicklung erforderliche Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.

Im Landkreis Forchheim wurden die Aufgaben der Jugendarbeit sowie die Förderung der Jugendverbandsarbeit per Vertrag auf den Kreisjugendring Forchheim übertragen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben übernimmt der Landkreis die damit verbundenen Personal- und Sachkosten. Was die Angebote der Jugendarbeit anbelangt wird daher insoweit auf den Jahresbericht des Kreisjugendringes verwiesen.

2019 wurde der Vertrag mit dem Kreisjugendring neu überarbeitet.

Bemerkungen:

2019 gab es in 9 von 29 Gemeinden, Märkten und Städten hauptamtliches Personal in der gemeindlichen Jugendarbeit. Der Stellenumfang betrug 8,85 Stellen. 2010 waren es 10,2 Stellen in 13 Gemeinden. Von den 8,85 Stellen waren 3,85 Stellen in den offenen Jugendeinrichtungen der Stadt Forchheim (Jugendhaus, Offene Jugendarbeit Forchheim-Nord) eingesetzt.

Die restlichen 5,0 Stellen entfielen auf den Markt Neunkirchen am Brand (1,0), die Stadt Ebermannstadt (1,0), den Markt Eggolsheim (0,5), die Gemeinde Hallerndorf (0,5), die Gemeinden Hausen und Heroldsbach (1,0) und die Stadt Gräfenberg und die Gemeinde Weißenhohe (1,0).

Der Maßnahmenplan 2016 der Jugendhilfeplanung sieht einen Ausbau der hauptamtlichen gemeindlichen Jugendarbeit bis 2020 auf insgesamt 13 Stellen vor.

Der Markt Gößweinstein hat die Schaffung einer 0,5 Stelle für die gemeindliche Jugendarbeit beschlossen. Eine Umsetzung in 2019 konnte aufgrund des Fachkräftemangels nicht erfolgen.

Die derzeitige Ausstattung ist auch im Vergleich zu den umliegenden Landkreisen weiterhin zu gering.

In Weißenhohe soll die Jugendarbeit attraktiver werden

Jugendpfleger Christian Schönfelder legte in seinem Tätigkeitsbericht Vorschläge für Umbau und Erweiterung des Jugendtreffs vor
Nordbayerische Nachrichten vom 18.01.2019

5. Jugendsozialarbeit**Produkt: 363110****5.1. Jugendsozialarbeit an Schulen****Anspruchsgrundlage:**

§§ 13, 81 SGB VIII, Art. 31 BayEUG

Gesetzlicher Auftrag:

Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) ist eine Leistung der Jugendsozialarbeit, die in der Institution Schule von sozialpädagogischen Fachkräften als niedrigschwelliges Angebot für sozial benachteiligte junge Menschen erbracht wird.

Ziel von JaS ist es, Kinder und Jugendliche in ihrer persönlichen Entwicklung, schulischen und beruflichen Ausbildung, sozialpädagogisch so zu unterstützen, dass ihre soziale Integration gelingen kann.

Entwicklungen:

	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl der Schulen mit JaS	9	9	9	11	13
Stellen insgesamt	5,65	5,65	5,95	7,20	8,30

Stand: jeweils am Jahresende

Bemerkungen:

Zum 01.09.2019 erfolgte die Schaffung von je einer 0,5 Stelle an der Anna-Grundschule Forchheim und der Mittelschule Gößweinstein und bereits ab 01.01.2019 eine Aufstockung der Stelle an der Mittelschule Gräfenberg von 0,5 auf 0,6.

Seit 01.09.2019 gibt es somit JaS an 13 Schulen (8 Mittelschulen, 4 Grundschulen, 1 Förderzentrum) mit 14 Fachkräften und einem Umfang von 8,30 Stellen.

In den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses im Jahr 2019 wurde die Erweiterung der Stellen an der Mittelschule Gräfenberg auf 0,65 und der Grundschule Buckenhofen-Burk von 0,5 auf 1,0 VZÄ (Umsetzung jeweils zum 01.01.2020) befürwortet.

Der Antrag der Realschule Gräfenberg (1,0 Stelle) wurde aufgrund der unklaren Fördersituation zurückgestellt.

2019 fanden ein JaS-Treffen und ein JaS-Fachbeirat statt:

- JaS-Berichtswesen - Auswertung
- Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)
- Pressebericht/-gespräch
- Fachlicher Austausch
- Vorstellung und Diskussion von „Elterntalk“
- Informationsaustausch
- Einarbeitungskonzept

Mehr Zeit um Probleme zu lösen

Jugendsozialarbeit an Grundschulen wird aufgestockt

Nordbayerische Nachrichten vom 16.03.2019

Ein fester Teil des Schullebens

Keiner soll durchs Raster fallen: **JUGENDSOZIALARBEIT** an Schulen ist eine wichtige Säule bei der Jugendhilfe. VON JANA SCHNEEBERG

Nordbayerische Nachrichten vom 23.11.2019

Aufgrund der Förderrichtlinien wurde 2019 die Hospitation von drei neuen JaS-Fachkräften im Jugendamt durchgeführt.

5.2. Jugendsozialarbeit i.F. der Sozialpädagogische betreuten Wohnform

Anspruchsgrundlage:

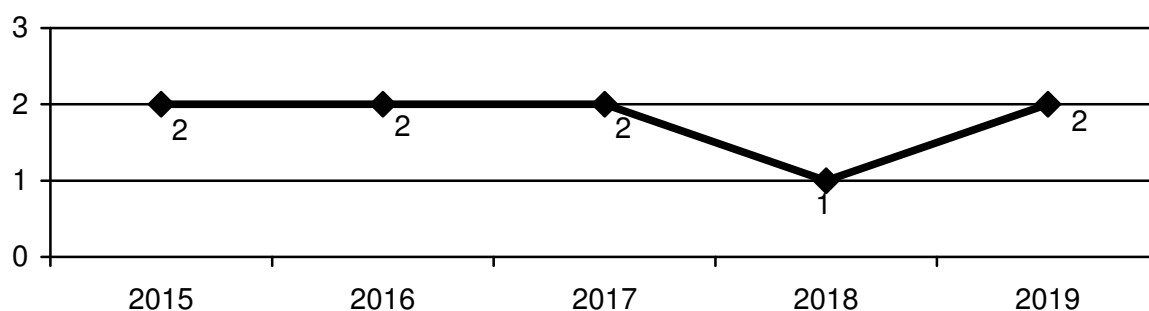
§§ 2,13, 90 SGB VIII

Gesetzlicher Auftrag:

Jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, sollen im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern.

Entwicklungen:

Jahr	01.01.	Zugang	Abgang	Stand 31.12.
2015	5	3	0	2
2016	2	0	0	2
2017	2	1	1	2
2018	2	1	2	1
2019	1	1	0	2



Bemerkungen:

- In diesen Fällen wird nur ein Zuschuss zur Unterbringung gezahlt
- kostengünstige Unterbringungsform

5.3. Jugendsozialarbeit , Förderprogramme

JUGEND STÄRKEN im Quartier

Grundlage

§ 13 Abs. 1 und 4 SGB VIII (i. V. m. § 83 Abs. 1 SGB VIII)



Programmbeschreibung

Seit 01.09.2015 bis 30.06.2022 wird im Amt für Jugend, Familie und Senioren das ESF-Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ koordiniert und durchgeführt. Der Landkreis Forchheim ist einer von drei bayerischen Landkreisen, die als Modellkommunen für dieses Programm ausgewählt wurden. „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und durch den Europäischen Sozialfonds gefördert und seit 01.01.2019 in der 2. Förderphase durchgeführt.

Im Rahmen des Programms werden vom Träger Innovative Sozialarbeit e.V. das Projekt „Perspektive Schulabschluss“ und ein Projekt für junge Migrantinnen durchgeführt.

Projekt für neu zugewanderte junge Frauen

Bei dem Projekt handelt es sich um ein Angebot für Mädchen und junge Frauen im Alter zwischen 12 und 26 Jahren, die seit 2015 nach Deutschland zugewandert sind und durch sozialpädagogische Angebote bei der **beruflichen und sozialen Integration** in die Gesellschaft unterstützt werden sollen. Bei der Zielgruppe gibt es keine Einschränkungen bzgl. des Herkunftslandes oder beim ausländerrechtlichen Status. Da die Zahl der seit 2015 eingereisten jungen Männer deutlich höher ist, als die der neu zugewanderten jungen Frauen, sind Angebote für diese Zielgruppe bisher nicht gleichermaßen zum Zuge gekommen. Mit dem Bundeszuschuss sollen die Kommunen unterstützt werden, diese Zielgruppe gezielt anzusprechen.

In 2019 haben 11 Migrantinnen im Alter zwischen 15 und 21 Jahren am Projekt teilgenommen, 9 davon im Rahmen der von JUGEND STÄRKEN angebotenen Gruppenarbeit speziell für diese Zielgruppe an der Berufsfachschule Forchheim. Die Frauen kamen beim Kochen, Tanzen und kleinen Freizeitaktivitäten miteinander und mit dem Projekt in Kontakt. Eine Teilnehmerin konnte bisher sogar in eine Ausbildung vermittelt werden.

Rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit

Schwerpunkt in der Arbeit der Koordinierungsstelle ist weiterhin die Verbesserung der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit durch die Fortführung des gegenseitigen Austauschs auf strategischer und operationaler Ebene. An den Schulen geschieht dies durch das Projekt JUST-two. JUST-two wurde in 2019 an der Ritter-von-Traitteur-Schule durchgeführt und wird von allen Beteiligten positiv bewertet.

Die Kooperationsvereinbarung zur Jugendberufsagentur wurde 2019 überprüft und aktualisiert.

Öffentlichkeitsarbeit

Zum zweiten Mal war JUGEND STÄRKEN im Quartier als Aussteller an der Ausbildungsmesse Forchheim beteiligt.

Statistik

Am 01.01.2019 startete die 2. Förderphase.

Insgesamt zählte das Projekt im Jahr 2019 46 neue Teilnehmer*innen.

Von den Teilnehmer*innen waren 63% weiblich und 37% männlich, außerdem 59% mit Migrationshintergrund. Die Teilnehmer*innen stammen zu 59% aus dem Fördergebiet Stadt Forchheim. Von den insgesamt 46 Teilnehmer*innen waren 2 aktive und 20 passive Schulverweigerer.

6. Kinder- und Jugendschutz - Prävention

Produkt: 363120

Anspruchsgrundlage:

§§ 2,14 SGB VIII, Jugendschutzgesetz

Gesetzlicher Auftrag:

Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz:

Jungen Menschen und Erziehungsberechtigten sollen Angebote des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes gemacht werden.

Die Aufgabe des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes wurde per Vertrag dem Kreisjugendring übertragen. Was diese Angebote anbelangt wird daher auf den Jahresbericht des Kreisjugendringes verwiesen.

Ordnungsrechtlicher Jugendschutz

Für den **ordnungsrechtlichen Jugendschutz** stehen dem Jugendamt seit 2012 **wöchentlich 5 Stunden im Sozialdienst** und **3,5 Stunden in der Verwaltung** (Ahndung von Verstößen) zur Verfügung,

Jugendschutzkontrollen mit der Polizei

Aufgrund der hohen Auslastung der Polizeidienststellen mit anderen Aufgaben, konnten im Jahr 2019 nur je eine kurze gemeinsame nächtliche Jugendschutzkontrolle im Bereich Ebermannstadt und Forchheim durchgeführt werden. Erstmals seit vielen Jahren war auch ein gemeinsames Auftreten der Ordnungsbehörden während der Annafestnächte leider nicht umsetzbar.

Beratung und Fortbildung von Gemeinden, Veranstaltern, Vereinen, Gewerbetreibenden, Multiplikatoren, ...

Die beiden Jugendschutzfachkräfte sind Ansprechpartner für spezifische Fragen zum ordnungsrechtlichen Jugendschutz für die Ordnungsämter der Gemeinden, für Veranstalter, Vereine, Gewerbetreibende, die Polizei sowie für alle anderen Fachkräfte und Bürger im Landkreis Forchheim.

2019 lag der Tätigkeitsschwerpunkt auf Beratungsgesprächen mit Veranstaltern, Gewerbetreibenden und den Ordnungsämtern verschiedener Gemeinden.

Darüber hinaus musste der öffentliche Verkauf von Bier (nach dem Jugendschutzgesetz) und Spirituosen (nach dem Gaststättengesetz) in freistehenden Getränkeautomaten einiger Brauereien im Landkreis untersagt werden.

Vollzug des Jugendschutzgesetzes

Verstöße gegen die Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes durch Veranstalter, Gewerbetreibende und andere erwachsene Personen werden im Rahmen einer Ordnungswidrigkeitenanzeige durch die Verwaltung des Jugendamtes in Form von Bußgeldern geahndet.

Im Jahr 2019 erfolgten:

• Ordnungswidrigkeiten-Anzeigen	10
• Bußgeldbescheide	5
• Anfragen / Beratungen zum Jugendschutz	27
• Stellungnahmen zur Mitwirkung von Kindern bei Veranstaltungen im Sinne des Jugendarbeitsschutzgesetzes	1

7. Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie**Produkt: 363210****Anspruchsgrundlage:**

§§ 2,16 SGB VIII

Gesetzlicher Auftrag:

Müttern, Vätern, anderen Erziehungsberechtigten und jungen Menschen sollen Leistungen der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie angeboten werden. Sie sollen dazu beitragen, dass Mütter und Väter ihre Erziehungsverantwortung besser wahrnehmen können. Hierzu gehören:

Angebote der Familienbildung, die über das Amt für Jugend, Familie und Senioren finanziert/ mitfinanziert werden wie z.B.• Elternbriefe

In Print-Version werden die Elternbriefe nicht mehr versandt. Junge Eltern nutzen überwiegend die online-Medien, um Informationen zu erhalten. Wir haben daher ein Kuvert mit einem von Herrn Landrat unterzeichneten Glückwunschsreiben für die jungen Eltern vorbereitet, das Informationspostkarten über die Online-Elternbriefe des Bayerischen Landesjugendamtes, über unsere Homepage FamilienLeben sowie über den Sozialatlas enthält. Ausgehändigt wird den Eltern dieses über die Standesämter in den Gemeinden und Städte des Landkreises.

- Opstapje- ein präventives Lern- und Spielprogramm, das seit 2007 im Auftrag des Amtes für Jugend, Familie und Senioren unter der Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt Forchheim sehr erfolgreich für Kleinkinder aus sozial benachteiligten Familien durchgeführt wird. Mit Opstapje wurden seither 133 Familien erreicht.

- PAT- Mit Eltern lernen

Elterntraining durch qualifizierte Hebammen für Schwangere und Familien mit Kleinstkindern. Der Jugendhilfeausschuss genehmigte die Einführung dieses seit Jahren bewährten Elterntrainings im Landkreis Forchheim. Die Durchführung dieses Angebotes läuft ebenfalls im Auftrag des Amtes für Jugend, Familie und Senioren unter der Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt. 2019 haben 15 Familien aus Stadt und Landkreis an diesem Programm teilgenommen.

Opstapje wie auch PAT haben es zum Ziel, Eltern in ihrer Erziehung zu unterstützen, Unsicherheiten auszuräumen und sie stark zu machen, um Kindern eine Grundlage für ihr Leben ermöglichen.

- Familienstützpunkten (FSP) im Landkreis Forchheim
Förderprogramm Familienbildung und Familienstützpunkte

Eltern- und Familienbildung ist ein Leitziel der Kinder- und Jugendhilfe. Mit dem Förderprogramm soll auf kommunaler Ebene ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes und koordiniertes Bildungs- und Unterstützungsangebot für Familien zur Stärkung der Erziehungskompetenz geschaffen werden.

Seit 1.06.2015 wurde dafür eine Koordinierungsstelle eingerichtet.

Nach Fertigstellung der Bestandsaufnahme und Elternumfrage wurde im März 2017 das Familienbildungskonzept im Jugendhilfeausschuss vorgestellt mit folgenden Maßnahmeempfehlungen:

1. Verbesserung der Zugänge zu Familien – Internetplattform
2. Errichtung von 3 Familienstützpunkten (FSP)
3. Etablierung eines Netzwerkes Familienbildung
4. Familienbildung in Kitas

1. Erstellung der Homepage FamilienLeben-Forchheim.de

Die Internetseite ging im September 2017 an den Start. Pädagogische Inhalte, wie Ratgeber und Beratungsangebote wurden von einer Studentin eingepflegt. Veranstaltungen, Vorträge und Kurse geben die jeweiligen Anbieter selber ein. Die Seite wird monatlich von ca. 1.000 Nutzern besucht. Am meisten aufgerufen werden Basare, Kulturveranstaltungen, Eltern-Kind Gruppen, Beratungsstellen. Die typischen Nutzer sind zu 80% Frauen, zwischen 25 und 35 Jahre alt (42%) und nutzen zu 63% das Mobilphone.

2. Familienstützpunkte

Alle drei Familienstützpunkte konnten 2019 ihre Arbeit weiter ausbauen. Es zeigt sich, dass die Schwerpunkte, Angebote und Nutzer an allen drei Standorten sehr unterschiedlich sind. Eine Hauptaufgabe ist die Vernetzung der Angebote vor Ort. Daneben sollen zielgruppen-orientierte neue v.a. offene Angebote geschaffen werden. Alle drei Familienstützpunkte besuchen Eltern mit ihren Neugeborenen mit einem kleinem Geschenk und Infomaterial, bzw. laden die Eltern zu einem Angebot ein (Neunkirchen). Dieser persönliche Erstkontakt wird überwiegend positiv angenommen.

Der **FSP Forchheim** muss am meisten um Besucher „werben“. Die Familien in diesem Stadtteil werden vor allem über persönliche Kontakte angesprochen. Angebote werden überwiegend von Familien angenommen, die den Stützpunkt oder die Leiterin aus anderen Projekten kennen. Von großem Vorteil ist, dass die Stützpunktleitung mehrere Angebote der U3 koordiniert und dadurch gut vernetzt und bekannt ist.

Bei Gruppentreffen schwankt die Teilnehmerzahl und die Familien müssen immer wieder persönlich angesprochen werden. Kurse zur Ernährung, Bewegung und Erste Hilfe werden gut angenommen. Neue Projekte, wie z. B. Vorlesen auf Arabisch/Leseclub starten gut, dann werden die Teilnehmer wieder weniger. Die Lebenssituation der Familien, besonders der Migranten, ändert sich sehr schnell, so auch ihre Bedürfnisse.

Eine regelmäßige Teilnahme an Gruppen ist selten, die Teilnehmerinnen wechseln oft. Die Kooperation mit dem Mehrgenerationenhaus, das auch viele Angebote für Migranten und Familien macht, ist bereichernd. Die meisten Familien kommen zu Freizeitangeboten und Festen.

Neue Familien werden durch die Neugeborenen-Besuche angesprochen. Dort hat sich gezeigt, dass viele Eltern das Mehrgenerationenhaus oder den Familienstützpunkt nicht kennen, obwohl er nur wenige Straßen entfernt ist. Ein weiteres niedrigschwelliges Angebot startete mit ELTERN TALK im Sommer 2019 (siehe auch Pressebericht auf Seite 57). Im

Kein Richtig, kein Falsch

Mit **ELTERN TALK** will das Landratsamt unterschiedliche Familien mit denselben Problemen ins Gespräch bringen. VON JULIAN HÖRNDLEIN

Herbst wurden die ersten Moderatorinnen ausgebildet. Es wird sich zeigen, ob durch die Talks Eltern weitere Angebote des FSP nutzen werden. In der gesamten Stadt Forchheim gibt es ein großes Angebot an Eltern-Kind Gruppen, pädagogischen Angeboten und Beratungen verschiedener Träger, dass sehr gut von bildungsnahen Familien angenommen wird, aber die Zielgruppe des FSP kaum erreicht. Die größte Herausforderung wird bleiben den FSP bekannt zu machen, mögliche Hemmschwellen für die Bewohner des Stadtteils abzubauen, passgenaue Angebote zu finden und Eltern für die Angebote zu begeistern.

Ebermannstadt:

In Ebermannstadt bietet das Mütterzentrum ein sehr breites Angebot an Eltern-Kind Gruppen und offenen Eltern-Kind Angeboten, dass über die Stadt hinaus bekannt und gut genutzt ist. Der FSP kümmert sich vorrangig um Angebote für eine andere Zielgruppe: Eltern mit älteren Kindern, Väter, Alleinerziehende. Die offenen Frühstücksangebote für Väter und Alleinerziehende (Sonntags) wurden weiterhin schlecht angenommen. Dagegen erreichen Kurse und Vorträge auch Eltern, die bisher nicht ins Mütterzentrum kamen. Die neu aufgenommene Familienwanderung wurde gut angenommen. Die Raumsituation hat sich zum Jahresende verschlechtert: das Mütterzentrum musste wegen Umbaumaßnahmen in ein anderes Gebäude, ca. 1 km vom FSP Büro entfernt, umziehen. Dadurch ist kein direkter Kontakt mehr gegeben. Hier muss noch eine Lösung gefunden werden. Beratung findet eher zwischen Tür und Angel im Rahmen von Angeboten statt.

Neunkirchen:

Der FSP in Neunkirchen hat andere Voraussetzungen: hier gibt keine bestehende Einrichtung mit eigenen Angeboten. Das Eltern-Kind Café ist das einzige offene Angebot im Umkreis und wird sehr gut angenommen. Ebenso alle anderen Angebote. Der Familienstützpunkt könnte noch mehr Angebote initiieren, dafür wäre eine bessere personelle Ausstattung notwendig. Viele junge Familien sind beruflich zugezogen und suchen neue Sozialkontakte, es gibt keine alternativen Familienangebote. Der große Unterschied zu den anderen FSP Standorten ist, dass dort andere Träger schon Angebote vorhalten, wie z.B. Eltern-Kind Gruppen.

Das Beratungsangebot wird in diesem FSP extrem intensiv genutzt: es gibt eine offene Beratungsstunde und Beratung mit Terminen. Die Beratung wird so gut genutzt, weil die Eltern die Leitung persönlich durch die Angebote kennen, eine positive Beziehung aufgebaut haben und dadurch die Hemmschwelle wegfällt. Die Beratung findet niedrigschwellig vor Ort statt, auch am Abend, das Kind kann auch mitgebracht werden. Es geht in der Beratung vorwiegend um Erziehungsfragen, für die Eltern keine extra Fachstelle aufsuchen möchten.

3. Netzwerk Familienbildung

Es fanden regelmäßige Treffen der drei Stützpunktleitungen mit der Kooperationsstelle statt. Im Sommer gab es ein Netzwerktreffen, bei dem die Familienstützpunkte ihre Arbeit vorstellten. Weiterhin traf sich die Koordinierungsstelle mit verschiedenen Bildungsträgern und nahm an Arbeitskreisen teil.

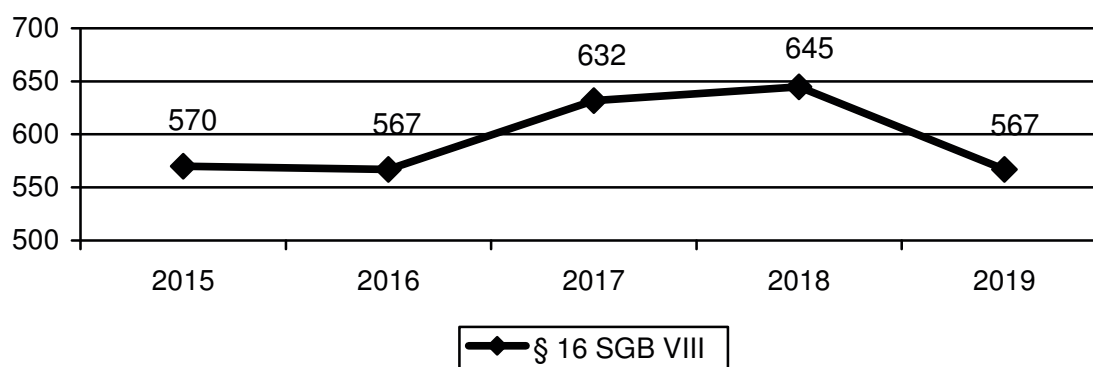
- Angebote der Beratung in allgemeinen Fragen der Erziehung und Entwicklung junger Menschen

Die Beratung erfolgt durch den Allgemeinen Sozialdienst (ASD) des Amtes für Jugend und Familie. Die Aufgaben können in Kurzform so beschreiben werden:

Der ASD berät und vermittelt Hilfen bei Erziehungsfragen und –problemen, bei wirtschaftlichen Notlagen, bei Trennung und Scheidung, bei Missbrauch und Misshandlung.

Er ist Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche bei persönlichen Problemen. Der ASD nimmt zudem und zunehmend aber auch eine Schutz- und Kontrollfunktion wahr, bei Gefährdungen und Vernachlässigungen, bei Missbrauch und Misshandlung. Die ambulante, präventive Familienbetreuung ist nach wie vor ein Schwerpunkt der Jugendamtsarbeit. Ziel muss sein, den jungen Menschen ihre gewachsenen Beziehungen zu erhalten und sie in ihrem familiären und sozialen Umfeld in jeder nur möglichen Weise zu fördern und zu belassen.

Entwicklungen:



Die Zahl der Beratungen ist im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen und hat das Niveau der Jahre 2015 und 2016 wieder erreicht. Die Erziehungsberatungsstelle nimmt diesen Beratungsauftrag ebenfalls wahr, wobei hier die Personal- und Sachkosten zu 90% vom Landkreis/Amt für Jugend, Familie und Senioren bezuschusst werden.

- Angebote der Familienfreizeit
Dieser Aufgabenbereich ist ebenfalls per Vertrag auf den Kreisjugendring übertragen. Auf den Jahresbericht des KJR wird insoweit verwiesen.

8. Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung bei der Ausübung der elterlichen Sorge und des Umgangsrecht Produkt: 363220

8.1. Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung

Anspruchsgrundlage:

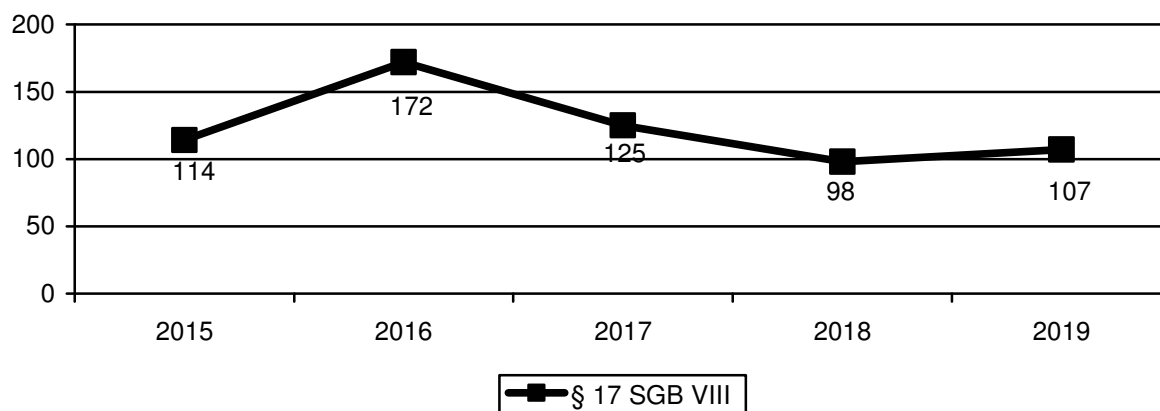
§§ 2,17, SGB VIII

Gesetzlicher Auftrag:

Mütter und Väter haben im Rahmen der Jugendhilfe Anspruch auf Beratung in Fragen der Partnerschaft, wenn sie für ein Kind oder einen Jugendlichen zu sorgen haben. Die Beratung soll helfen, ein partnerschaftliches Zusammenleben in der Familie wie auch Konflikte und Krisen zu bewältigen und im Falle einer Trennung oder Scheidung die Bedingungen für eine dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen förderliche Wahrnehmung der Elternverantwortung zu schaffen.

Diese Beratung ist eine eigenständige Leistung, die von der weiteren Aufgabe des Jugendamtes, der Mitwirkung in Verfahren vor dem Familiengericht, zu unterscheiden ist.

Entwicklungen:



8.2. Beratung bei der Ausübung der elterlichen Sorge und des Umgangsrechts

Anspruchsgrundlage:

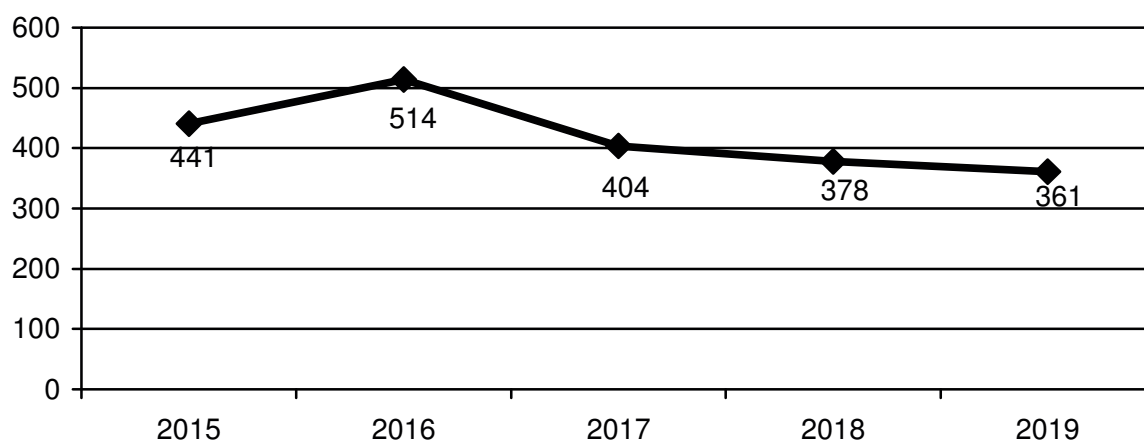
§§ 2,18 SGB VIII

Gesetzlicher Auftrag:

Mütter und Väter, die allein für ein Kind oder einen Jugendlichen zu sorgen haben oder tatsächlich sorgen, haben Anspruch auf Beratung und Unterstützung

1. bei der Ausübung der Personensorge
2. bei der Ausübung des Umgangsrechts.

Entwicklungen:



9. Gemeinsamen Unterbringung von Müttern/Vätern mit ihren Kindern - Mutter- Kind-Unterbringungen

Produkt: 363210

Anspruchsgrundlage:

§§ 2,19, 91 ff SGB VIII

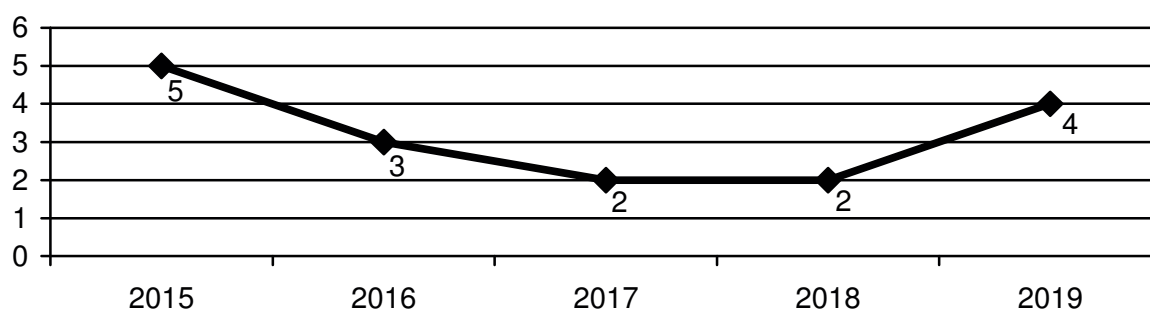
Gesetzlicher Auftrag:

Mütter und Väter, die allein für ein Kind unter 6 Jahren zu sorgen haben sollen gemeinsam mit dem Kind in einer geeigneten Wohnform betreut werden, wenn und solange sie auf Grund ihrer Persönlichkeitsentwicklung dieser Form der Unterstützung bei der Pflege und Erziehung des Kindes bedürfen.

Voraussetzung ist, dass die Versorgung des Kindes nicht über ambulante und sonstige Hilfen sichergestellt werden kann.

Fallzahlenentwicklung in den letzten 5 Jahren:

Jahr	01.01.	Zugang	Abgang	Stand 31.12.
2015	1	4	5	5 Mütter mit 7 Kindern
2016	5	0	2	3 Mütter mit 3 Kindern
2017	3	3	4	2 Mütter mit 2 Kindern
2018	2	1	1	2 Mütter mit 2 Kindern
2019	2	3	1	4 Mütter mit 4 Kindern



Bemerkungen:

- Diese Hilfeform ist kaum planbar, da ihr meistens eine plötzlich auftretende Krise voran geht
- Es wird ein Kostenbeitrag bei Leistungsfähigkeit erhoben bzw. das staatliche Kindergeld als zweckbestimmte Leistung in Anspruch genommen
- Es handelt sich hier meist um sehr junge Mütter, die derzeit allein ihre Kinder ohne deren Gefährdung nicht versorgen könnten

10. Betreuung und Versorgung in Notsituationen

Produkt: 363240

Anspruchsgrundlage:

§§ 2,20 SGB VIII

Gesetzlicher Auftrag:

Fällt ein Elternteil, der die überwiegende Betreuung des Kindes übernommen hat für die Wahrnehmung dieser Aufgabe aus gesundheitlichen oder anderen zwingenden Gründen aus, so soll der andere Elternteil der andere im Haushalt lebende Elternteil bei der Betreuung und Versorgung des im Haushalt lebenden Kindes unterstützt werden, wenn

- er wegen berufsbedingter Abwesenheit nicht in der Lage ist, die Aufgabe wahrzunehmen,
- die Hilfe erforderlich ist, um das Wohl des Kindes zu gewährleisten,
- Angebote der Förderung in Kitas oder Kindertagespflege nicht ausreichen.

Diese Hilfe wird gewährt durch Unterbringung des Kindes in einer Bereitschaftspflegestelle oder durch Hilfen zur Weiterführung des Haushalts.

Leistungen der Krankenkasse oder Möglichkeiten innerhalb des familiären Umfeldes sind vorrangig zu nutzen.

Fallzahlenentwicklung in den letzten 5 Jahren:

Jahr	01.01.	Zugang	Abgang	Stand 31.12.
2015	1	0	1	0
2016	0	0	0	0
2017	0	0	0	0
2018	0	1	1	0
2019	0	0	0	0

Bemerkungen:

- Hinzuziehung der Eltern bzw. des Elternteils zu den Kosten im Rahmen der Leistungsfähigkeit
- Geltendmachung von Ersatzleistungen der Krankenkassen nur bei Kindern unter 12 Jahren möglich

11. Hilfen zur Erziehung (HzE) nach § 27 ff SGB VIII

	2015	2016	2017	2018	2019
Hilfen insgesamt	522	492	457	482	499
Anteil ambulanter Hilfen in %	62,84%	59,55%	58,86%	57,68%	57,72%
Anteil teilstationärer Hilfen in %	0,96%	1,22%	1,31%	2,49%	2,00%
Anteil stationärer Hilfen in %	36,21%	39,23%	39,82%	39,83%	40,28%
	2015	2016	2017	2018	2019
Begonnene Hilfen insgesamt	164	125	126	171	165
Anteil ambulanter Hilfen in %	64,00%	66,40%	80,95%	67,83%	69,70%
Anteil teilstationärer Hilfen in %	1,22%	1,60%	1,59%	4,68%	0,00%
Anteil stationärer Hilfen in %	34,76%	32,00%	17,46%	27,49%	30,30%
Anteil der in den letzten drei Jahren begonnen Hilfen	79,31%	75,81%	71,77%	71,58%	75,75%
	2015	2016	2017	2018	2019
Anteil der Leistungserbringung im häuslichen Umfeld in %	51,53%	46,34%	46,61%	43,98%	46,09%
	2015	2016	2017	2018	2019
Anteil der männlichen Leistungsempfänger in %	61%	65%	65%	65%	64%
	2015	2016	2017	2018	2019
Anteil der Hilfeempfänger, die vor Hilfebeginn bei den Eltern oder einem Elternteil lebten in %	82,57%	82,11%	81,40%	80,50%	80,96%
Situation in der Herkunftsfamilie	2015	2016	2017	2018	2019
Eltern leben zusammen	31,61%	34,96%	33,48%	32,57%	32,06%
Eltern sind verstorben	0,00%	0,20%	0,22%	0,62%	0,40%
Elternteil lebt alleine ohne (Ehe-)Partner (mit/ohne weitere/n Kinder/n)	48,28%	46,54%	44,20%	42,74%	43,49%
Elternteil lebt mit neuer Partnerin/neuem Partner (mit/ohne weitere/n Kinder/n) (z.B. Stiefelternkonstellation)	17,05%	17,48%	21,01%	23,03%	23,05%
Unbekannt	3,07%	0,81%	1,09%	1,04%	1,00%

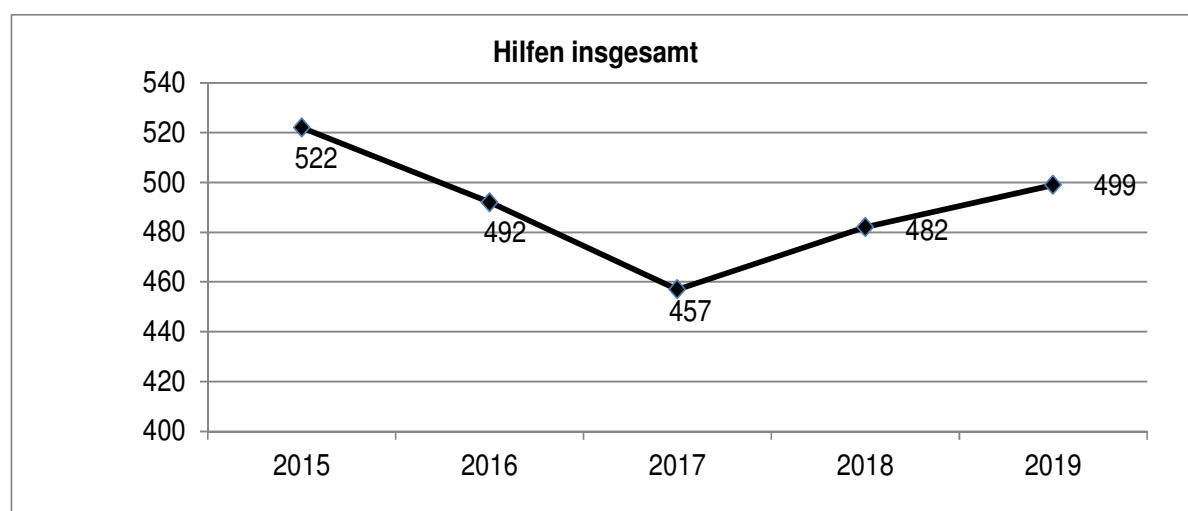
	2015	2016	2017	2018	2019
Anteil der Hilfeempfänger mit ausländischer Herkunft der Eltern oder eines Elternteils in %	20,50%	19,72%	19,26%	21,78%	21,04%
	2015	2016	2017	2018	2019
Anteil der Herkunftsfamilien in denen vorrangig Deutsch gesprochen wird in %	91,95%	92,68%	92,78%	92,95%	93,19%
	2015	2016	2017	2018	2019
Anteil der Herkunftsfamilien mit Sozialleistungsbezug in %	40,80%	40,24%	43,98%	41,49%	41,88%
	2015	2016	2017	2018	2019
Anregung der Hilfe durch Eltern/ Personensorgeberechtigten; Anteil in %	32,57%	35,16%	35,01%	42,32%	46,69%
	2014	2016	2017	2018	2019
Anteil der Hilfen mit einer Einschränkung des Elterlichen Sorgerechts in %	11,30%	11,18%	12,47%	11,62%	12,63%
	2015	2016	2017	2018	2019
Beendete Hilfen insgesamt	183	171	152	157	135
Anteil der beendeten Hilfen an allen Hilfen in %	35,06%	34,76%	33,26%	32,57%	27,05%

Hauptgrund für die Gewährung der Jugendhilfemaßnahme	2015	2016	2017	2018	2019
Auffälligkeiten im sozialen Verhalten (dissoziales Verhalten) des jungen Menschen	8,62%	10,77%	10,07%	9,34%	9,82%
Belastungen des jungen Menschen durch familiäre Konflikte	7,28%	5,89%	5,03%	7,26%	6,01%
Belastungen des jungen Menschen durch Problemlagen der Eltern	11,88%	11,38%	10,50%	10,37%	11,22%
Eingeschränkte Erziehungskompetenz der Eltern/Personensorgeberechtigten	15,33%	13,62%	15,10%	14,32%	15,83%
Entwicklungsauffälligkeiten/seelische Probleme des jungen Menschen	14,75%	18,70%	17,94%	17,63%	17,03%
Gefährdung des Kindeswohls	13,60%	13,82%	15,75%	13,49%	11,82%
Schulische/Berufliche Probleme des jungen Menschen	6,70%	6,10%	6,35%	5,60%	5,21%
Übernahme von einem anderen Jugendamt wegen Zuständigkeitswechsels	9,00%	8,94%	8,75%	8,30%	8,82%
Unversorgtheit des jungen Menschen	5,94%	4,67%	3,72%	5,60%	6,21%
Unzureichende Förderung/Betreuung/Versorgung des jungen Menschen in der Familie	6,90%	6,10%	6,78%	8,09%	8,02%
Beendigungsgrund	2015	2016	2017	2018	2019
Abgabe an ein anderes Jugendamt wegen Zuständigkeitswechsels	3,83%	5,85%	5,26%	3,82%	6,67%
abweichend von Hilfeplan/Beratungszielen durch den Minderjährigen	7,10%	4,09%	2,63%	0,64%	4,44%
abweichend von Hilfeplan/Beratungszielen durch den Sorgeberechtigten/den jungen Volljährigen (auch unzur. Mitwirkg.)	12,57%	12,87%	15,13%	11,46%	16,30%
abweichend von Hilfeplan/Beratungszielen durch die bisher betreuende Einrichtung, die Pflegefamilie, den Dienst	9,84%	1,75%	4,61%	5,73%	7,41%
gemäß Hilfeplan/Beratungszielen	50,82%	61,99%	61,18%	62,42%	54,07%
Sonstige Gründe	15,85%	13,45%	11,18%	15,92%	11,11%

	2015	2016	2017	2018	2019
Anteil der Hilfen bis zu einer Dauer von 3 Jahren an den beendeten Hilfen in %	83,61%	79,53%	71,71%	68,79%	76,30%

Anschließendender Aufenthalt	2015	2016	2017	2018	2019
An unbekanntem Ort	1,64%	0,00%	1,37%	0,67%	0,74%
Im Haushalt der Eltern/eines Elternteils/des Sorgeberechtigten	67,21%	70,18%	75,34%	68,00%	67,41%
In der eigenen Wohnung	6,01%	5,85%	7,53%	12,00%	9,63%
In der Psychiatrie	1,09%	2,92%	0,68%	0,67%	0,74%
In einem Heim oder in einer betreuten Wohnform gemäß §§ 34, 35a, 41 SGB VIII	9,29%	5,85%	5,48%	9,33%	6,67%
In einer nicht-verwandten Familie (z.B. Pflegestelle gemäß § 44 SGB VIII)	1,09%	2,92%	3,42%	2,67%	1,48%
In einer Pflegefamilie gemäß §§ 33, 35a, 41 SGB VIII	3,28%	6,43%	4,11%	4,00%	5,19%
In einer sozialpädagogisch betreuten Einrichtung (z.B. Internat, Mutter-/Vater-Kind-Einrichtung)	2,19%	0,58%	0,68%	0,67%	3,70%
In einer Verwandtenfamilie	3,28%	4,68%	1,37%	2,00%	2,96%
Ohne festen Aufenthalt			2,05%	0,67%	0,00%
Sonstiger Aufenthaltsort (z.B. JVA, Frauenhaus)	4,92%	0,58%	2,05%	4,00%	1,48%

Nachfolgende Hilfe	2015	2016	2017	2018	2019
Beratung in allgemeinen Fragen der Erziehung durch den ASD (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 SGB VIII)	16,94%	15,79%	10,53%	14,65%	11,85%
Eingliederungshilfe gemäß § 35a SGB VIII	0,55%	2,34%	1,97%	3,18%	1,48%
Hilfe zur Erziehung gemäß §§ 27-35, 41 SGB VIII	20,22%	13,45%	21,71%	17,83%	17,78%
Keine nachfolgende Hilfe gemäß §§ 27-35, 41 SGB VIII bekannt	49,18%	50,88%	56,58%	53,50%	54,07%
Weiterverweisung an Eheberatung, Schuldnerberatung, Kinder- und Jugendpsychotherapeuten, andere Einrichtungen	9,84%	11,70%	6,58%	7,01%	8,15%
Zuständigkeitswechsel: Hilfe wird in derselben Pflegefamilie/Einrichtung nach Zuständigkeitswechsel fortgeführt	3,28%	5,85%	2,63%	3,82%	6,67%



Bemerkungen:

- Von den im Jahre 2019 begonnenen Hilfen wurden fast 70% in ambulanter Form erbracht.
- 46% der Hilfen wurden im häuslichen Umfeld geleistet.
- Weiterhin liegt der Anteil der männlichen Leistungsempfänger mit 64% höher als der der weiblichen.
- 80,96% der Hilfeempfänger lebten vor Hilfebeginn bei den Eltern bzw. einem Elternteil.
- Geht man von der Situation in der Herkunftsfamilie aus, dann lebten bei 32,06 % die Eltern zusammen; bei 43,49% der Fälle stammen die Leistungsempfänger aus einer Familie mit nur einem Elternteil.
- Der Anteil der Herkunftsfamilien mit Sozialleistungsbezug ist weiterhin gestiegen, von 38,25% im Jahre 2012 auf 41,88% im Jahre 2019.
- Der Anteil der Eltern, die eine Hilfe angeregt haben liegt 2019 mit 46,69% noch höher als im Vorjahr (42,32%).
- Den Hauptgrund für Hilfen zur Erziehung stellt erneut die Entwicklungsauffälligkeiten/seelischen Problemen des jungen Menschen dar, gefolgt von der eingeschränkten Erziehungskompetenz der Eltern und der Gefährdung des Kindeswohls.
- 54,07% der Hilfen wurden gemäß Hilfeplan/Erwartungszielen beendet.
- 6,67% der Hilfen wurden durch Zuständigkeitswechsel beendet, (d.h. Eltern sind z.B. außerhalb des Landkreises verzogen), während 8,82% der Hilfen begonnen wurden durch Fallübernahmen von anderen Jugendämtern ebenfalls auf Grund Zuständigkeitswechsels.
- In 54,07% der beendeten Fälle waren keine nachfolgenden Hilfen erforderlich.

11.1. Individuelle Erziehungshilfen**Produkt: 363310****Anspruchsgrundlage:**

§§ 2, 27 Abs. 2 SGB VIII

Gesetzlicher Auftrag:

Der Landkreis hat seit 2005 die sog. Stütz- und Förderklassen für Kinder mit sozio-emotionalem Förderbedarf für die Jahrgangsstufen 2 bis 4 etabliert. Diese Kinder müssten an sich eine Schule für Erziehungshilfe besuchen. Die nächsten Schulen befinden sich im Landkreis Erlangen-Höchststadt. Mit der Zuweisung an eine solche E-Schule wäre auch der Besuch der dortigen Heilpädagogischen Tagesstätten zwingend verbunden.

Die SAFE-Klassen im Landkreis haben sich bewährt, da diese für den Landkreis mit geringeren Kosten verbunden sind und die Kinder in ihrem bisherigen Umfeld bleiben können.

Der Landkreis kommt hier für die Kosten der dort eingesetzten Sozialpädagogen auf. Die Regierung übernimmt die Lehrerstunden sowie die Personalkosten für den zusätzlich eingesetzten Heilerziehungspfleger.

Besuchen Kinder von auswärtigen Landkreisen diese Schulform so erstattet der dortige Jugendhilfeträger dem Landkreis die anteiligen Kosten.

Vgl. auch die Ausführung unter Nr. 18.

11.2. Soziale Gruppenarbeit**Produkt: 363330****Anspruchsgrundlage:**

§§ 29 SGB VIII

Gesetzlicher Auftrag:

Die Teilnahme an sozialer Gruppenarbeit soll älteren Kindern und Jugendlichen bei der Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen helfen. Soziale Gruppenarbeit soll auf der Grundlage eines gruppenpädagogischen Konzepts die Entwicklung älterer Kinder und Jugendlicher durch soziales Lernen in der Gruppe fördern.

11.2.1. Soziale Gruppenarbeit an Schulen

Meist treten Schulen an das Jugendamt heran oder die ASD-Fachkraft wird im Rahmen der Jugendgerichtshilfe auf Jugendlichen aufmerksam.

Soziale Gruppenarbeit läuft meistens über ein Schulhalbjahr, max. ein Schuljahr.

Anlass für soziale Gruppenarbeit ist überwiegend aggressives Verhalten, Alkohol, Drogen. Im Jahre 2019 wurde Soziale Gruppenarbeit an drei Schulen im Landkreis durchgeführt.

11.2.2. Soziale Gruppenarbeit als integrative Maßnahme am Hort Marienheim

Seit dem Jahre 2010 führt das Amt für Jugend, Familie und Senioren zusammen mit dem Caritasverband Forchheim ein integratives Projekt am Kinderhort Marienheim in Forchheim durch. Ziel ist es hier frühzeitiger gerade verhaltensauffällige Kinder zu stützen und zu fördern, um später evtl. notwendige teure Jugendhilfemaßnahmen zu vermeiden. Es findet hier eine enge Kooperation zwischen der sozialpädagogischen Fachkraft vor Ort und der Kita-Fachberatung des Amtes für Jugend, Familie und Senioren statt.

Zur Durchführung dieser Maßnahme finanziert das Amt für Jugend, Familie und Senioren eine Sozialpädagogin mit einem Stundenumfang von 17 Stunden/Woche. Deren Arbeit umfasst neben einem Kompetenztraining auch Einzelfallförderung für seelisch behinderte Kinder. Die Leistung wurde mit Ablauf des Jahres 2019 eingestellt, da die Kinderzahl drastisch zurück ging und auch seitens der Leitung der Kindertageseinrichtung kein Bedarf mehr gesehen wurde.

11.3. Erziehungsbeistandschaft**Produkt: 363340****Anspruchsgrundlage:**

§§ 2, 30 SGB VIII

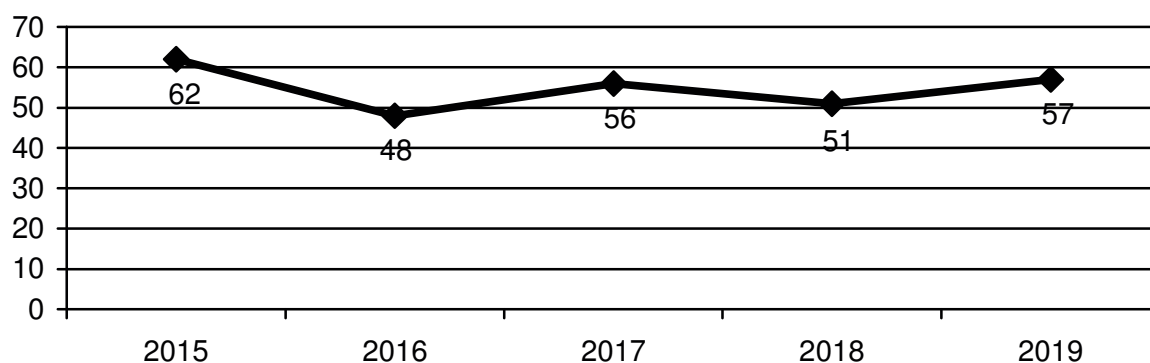
Gesetzlicher Auftrag:

Der Erziehungsbeistand soll das Kind oder den Jugendlichen bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen möglichst unter Einbeziehung des sozialen Umfeldes unterstützen und unter Einhaltung des Lebensbezugs zur Familie seine Verselbständigung fördern.

Weitere Voraussetzung ist, dass Beratungsangebote bei anderen Beratungsstellen (z.B. Erziehungsberatungsstelle) nicht ausreichend sind.

Fallzahlenentwicklung der letzten 5 Jahre:

Jahr	01.01.	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.d.J
2015	84	53	75	62
2016	62	40	52	48
2017	48	48	40	56
2018	56	38	43	51
2019	51	46	40	57

**Bemerkungen:**

- nach Prüfung der Notwendigkeit und Geeignetheit der Hilfe wird entsprechend der Bedarfslage der Umfang der Wochenstunden des Helfers festgelegt.
- das Amt für Jugend, Familie und Senioren arbeitet mit verschiedenen freien Jugendhelferträgern zusammen mit jeweils unterschiedlichen Fachleistungsstundensätzen.
- der Helfer wird entsprechend der Bedarfslage und seiner Geeignetheit für den jeweiligen Fall, aber auch unter Kostengesichtspunkten ausgewählt.
- die Erhebung eines Kostenbeitrags ist bei ambulanten Hilfe gesetzlich nicht möglich

11.4. Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH)**Produkt: 363350****Anspruchsgrundlage:**

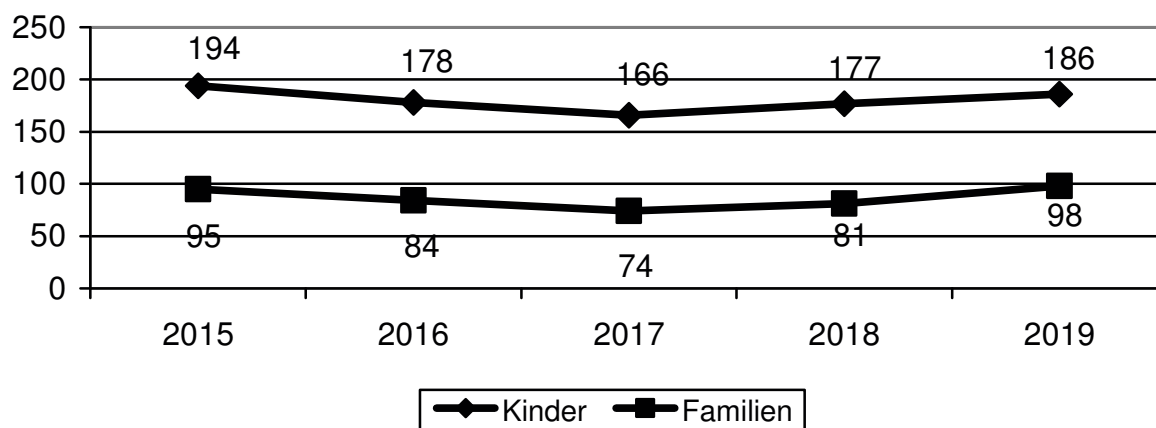
§§ 2, 31 SGB VIII

Gesetzlicher Auftrag:

Durch intensive Betreuung und Begleitung werden Familien in ihren Erziehungsaufgaben, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen, der Lösung von Konflikten und Krisen im Kontakt mit Ämtern und Institutionen unterstützt und Hilfe zur Selbsthilfe gegeben. Sie ist in der Regel auf längere Zeit angelegt und erfordert die Mitarbeit der Familie.

Fallentwicklung in den letzten 5 Jahren:

Jahr	01.01.	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12. d.J.
2015	96 Familie mit 197 Kindern	50 Familien mit 72 Kindern	51 Familien mit 75 Kindern	95 Familien mit 194 Kindern
2016	95 Familie mit 194 Kindern	39 Familie mit 81 Kindern	46 Familie mit 97 Kindern	84 Familien mit 178 Kindern
2017	84 Familien mit 178 Kindern	41 Familien mit 99 Kindern	51 Familien mit 104 Kindern	74 Familien mit 166 Kindern
2018	74 Familien mit 166 Kindern	53 Familien mit 117 Kindern	46 Familien mit 106 Kindern	81 Familien mit 177 Kindern
2019	81 Familien mit 177 Kindern	52 Familien mit 92 Kindern	35 Familien mit 83 Kindern	98 Familien mit 186 Kindern

**Bemerkungen:**

- Die Problemlagen in den Familien werden zunehmend komplexer; übermäßiger Alkoholkonsum, Drogenkonsum und aggressive Verhaltensweise, fehlende familieninterne Strukturen sind Gründe für das Entstehen dieser Hilfeart.
- Zunehmend müssen psychische Erkrankungen bei den Eltern wie auch den Kindern festgestellt werden. Die Erziehungskompetenz der Eltern ist zunehmend nicht vorhanden bzw. stark eingeschränkt ist (vgl. auch die Ausführungen unter Punkt 11).
- SPFH's werden oftmals auch eingesetzt als sog. „Kontroll-SPFH“. Hier gehen Helfer täglich in die Familie. Gründe hier sind meist Überforderung und mangelnde Belastbarkeit der Eltern oder der allein erziehenden Mutter. Die Annahme einer SPFH ist in manchen Fällen auch die letzte Chance für die Eltern, um einen evtl. notwendig werdenden Antrag bei Gericht auf Entziehung des Sorgerechts zu vermeiden
- Eine Heranziehung zu einem Kostenbeitrag ist nicht möglich

11.5. Erziehung in einer Tagesgruppe**Produkt: 363360****Anspruchsgrundlage:**

§§ 2, 32 SGB VIII

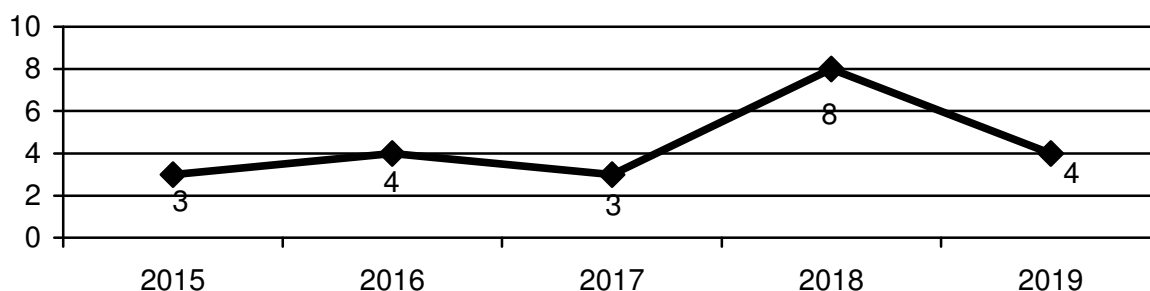
Gesetzlicher Auftrag:

Hilfe zur Erziehung in einer Tagesgruppe soll die Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen durch soziales Lernen in der Gruppe, Begleitung der schulischen Förderung und Elternarbeit unterstützen.

Der Besuch einer Tagesgruppe ist meist kombiniert mit der Zuweisung eines Kindes an eine Schule für Kinder mit Erziehungsschwierigkeiten (E-Schule) durch das Staatliche Schulamt. Diese Schulen (Eltersdorf, Buckenhof) nehmen die Kinder nur in der Schule auf, wenn auch gleichzeitig nachmittags eine Betreuung in der angeschlossenen Heilpädagogischen Tagesstätten erfolgt, die durch das Jugendamt finanziert werden muss.

Fallentwicklung in den letzten 5 Jahren:

Jahr	01.01.	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.d.J.
2015	2	2	1	3
2016	3	2	1	4
2017	4	1	2	3
2018	3	6	1	8
2019	8	0	4	4



11.6. Pflegekinderwesen

Produkt: 363370

Anspruchsgrundlage:

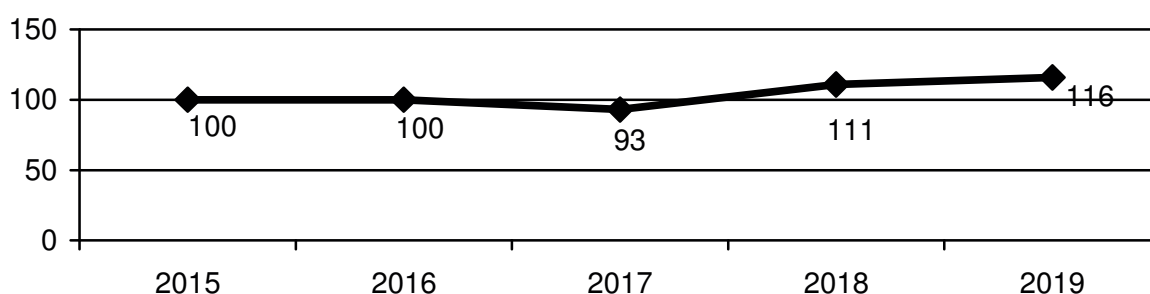
§§ 2, 33 SGB VIII

Gesetzlicher Auftrag:

Mit der Vollzeitpflege soll entsprechend dem Alter und Entwicklungsstand des Kindes oder des Jugendlichen und seinen persönlichen Bindungen sowie den Möglichkeiten der Verbesserung der Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie Kinder und Jugendlichen in einer anderen Familie eine zeitlich befristete Erziehungshilfe oder eine auf Dauer angelegte Erziehungsform angeboten werden.

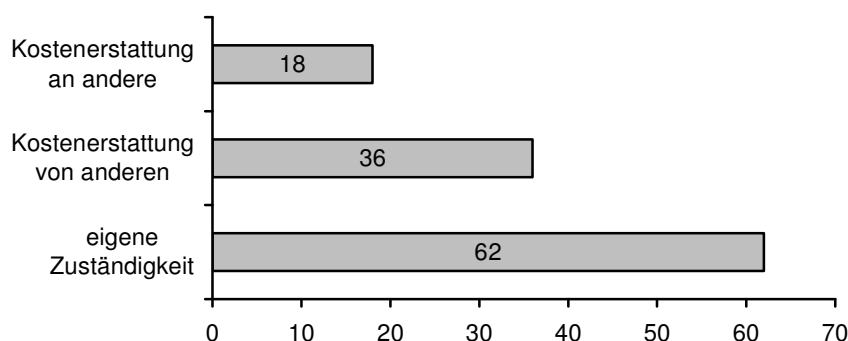
Fallentwicklung in den letzten 5 Jahren:

Jahr	01.01.	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.
2015	97	22	19	100
2016	100	20	20	100
2017	100	15	22	93
2018	93	28	10	111
2019	111	23	18	116



Von diesen 116 Fällen wurden geführt:

- 18 Fälle mit Kostenerstattung an andere Jugendämter (Eltern leben bei uns; Pflegestelle außerhalb des Landkreises)
- 36 Fälle, in denen unser Amt Kostenerstattung von anderen Jugendämtern erhielt (Eltern leben außerhalb des Landkreises, Pflegestelle bei uns im Landkreis)
- 62 Fälle in originärer Zuständigkeit (Eltern leben bei uns; Pflegestelle im Landkreis)



Vermittlung von Pflegekindern, Akquise und Qualifizierung von Pflegestellen

16 Bewerber(paare) bewarben sich neu beim Pflegekinderdienst um Pflegeeltern zu werden. Sie wurden auf ihre Eignung überprüft und auf die Tätigkeit als Pflegeeltern vorbereitet. Für 13 Kinder im Alter von 2 - 15 wurden durch den Pflegekinderdienst im Landkreis Forchheim Vollzeitpflegeverhältnisse als Hilfe zur Erziehung gem. § 33 SGB VIII geschaffen. Für vier Pflegeverhältnisse wurde die Zuständigkeit vom Amt für Jugend, Familie und Senioren übernommen. In drei Fällen wurden die Pflegeverhältnisse durch den Pflegekinderdienst begleitet, während die Fallzuständigkeit bei einem anderen Jugendamt verblieb. Acht Kinder im Alter von 0 - 8 wurden im Rahmen von Familiärer Bereitschaftsbetreuung in vorübergehende Kurzzeit- oder Bereitschaftspflegen untergebracht (siehe auch Pressebericht auf Seite 57).

Beratung und Unterstützung von Pflegepersonen

Im Amt für Jugend, Familie und Senioren liegt sowohl die Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII als auch die Beratung und Unterstützung der Pflegeeltern nach § 37 Abs. 2 SGB VIII in der Verantwortung des Pflegekinderdienstes. 101 Pflegeverhältnisse werden derzeit in ihrem Alltag vom Pflegekinderdienst pädagogisch beraten und unterstützt. Jede Pflegefamilie hat eine für sie zuständige Beraterin.

Neben der Einzelberatung gibt es diverse Angebote zur Vernetzung und Fortbildung:

- drei offene Elternabende
- Wandertag
- Sommerfest
- Familienwochenende für Fremdpflege
- Klettertag und Reiterstag für Kinder und Jugendliche
- Fachtag mit dem Traumaexperten Alexander Korittko
- Adventsfrühstück

Etwa ein Drittel der Pflegekinder lebt in Verwandtenpflege bei Großeltern, Tante oder Onkel. Um diesem besonderen Umstand gerecht zu werden, gibt es für diese Zielgruppe eigene Angebote:

- drei Gesprächskreise mit gemeinsamem Frühstück
- Familienwochenende für Verwandtenpflege

Ist ein Pflegekind mehrfach oder geistig behindert, fällt die Zuständigkeit an den Bezirk. Die Beratung und Begleitung der Pflegeverhältnisse sowie die Hilfeplanung bleiben beim Jugendamt. Es wurden zwei solcher Pflegeverhältnisse begleitet.

Umgangsbegleitung

Pflegekinder haben in der Regel in einem festgelegten Rahmen Umgang mit ihren leiblichen Eltern und weiteren bisherigen Bezugspersonen (z. B. Großeltern, Geschwister). Der Abstand liegt üblicherweise bei ca. vier Wochen, muss aber immer individuell an die Situation angepasst werden. In 29 Fällen wurden oder werden die Umgänge mit den leiblichen Eltern professionell begleitet. Insbesondere wenn in der Herkunftsfamilie Problematiken wie Drogenabhängigkeit, Straffälligkeit oder psychische Krankheiten vorliegen, ist eine langfristige Begleitung notwendig.

Begleitende Hilfen für Pflegekinder

Bei der Vermittlung von Pflegekindern steht zunehmend die Drogenproblematik der Eltern im Vordergrund. Verbunden damit ist oft eine Vernachlässigungssituation in Verbindung mit häuslicher Gewalt. Häufig waren die Kinder bereits während der Schwangerschaft Alkohol und / oder Drogen ausgesetzt. Etwa zwei Drittel der Pflegekinder haben dadurch dauerhaft einen besonderen erzieherischen Bedarf, der sich z. B. in Verhaltensauffälligkeiten, psychischer Instabilität oder Lern- und Konzentrationsstörungen bemerkbar macht. Dementsprechend werden diese Pflegeverhältnisse intensiver unterstützt. So wurden 21 Pflegeverhältnisse durch eine ambulante Hilfe im Sinne einer Erziehungsbeistandschaft begleitet. Zwei Kinder brauchten eine Schulbegleitung. Ein Kind besuchte die Stütz- und Förderklasse SAFE, zwei Jugendliche ein Berufsbildungswerk. Zwei Familien erhielten Supervision.

11.7. Heimerziehung/ sonstige betreute Wohnform

Produkt: 363380

Anspruchsgrundlage:

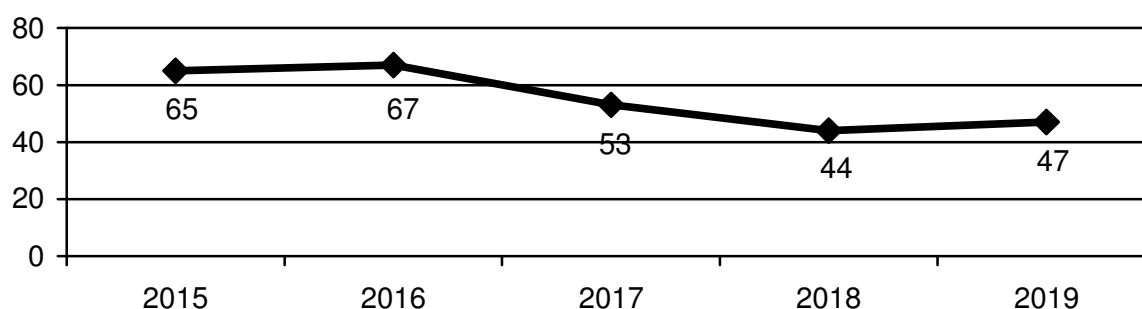
§§ 2, 34 SGB VIII

Gesetzlicher Auftrag:

Hilfe zur Erziehung in einer Einrichtung über Tag und Nacht (Heimerziehung) oder in einer sonstigen betreuten Wohnform soll Kinder und Jugendliche durch eine Verbindung von Alltagserleben mit pädagogischen und therapeutischen Angeboten in ihrer Entwicklung fördern. Sie soll entsprechend dem Entwicklungsstand des Kindes oder des Jugendlichen sowie den Möglichkeiten der Verbesserung der Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie eine Rückkehr in die Familie zu erreichen versuchen oder die Erziehung in einer anderen Familie vorbereiten oder eine auf längere Zeit angelegte Lebensform bieten und auf ein selbstständiges Leben vorbereiten.

Fallzahlenentwicklung der letzten 5 Jahre:

Jahr	Stand am 01.01.	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.
2015	53	30	18	65
2016	65	15	13	67
2017	67	8	22	53
2018	53	20	29	44
2019	44	21	18	47



Bemerkungen:

- Eine Heranziehung der Eltern zu einem Kostenbeitrag erfolgt. Daneben werden zweckbestimmte Leistungen wie Kindergeld, BAföG, BAB, Halbwaisenrenten u.ä. als Kostenersatz in Anspruch genommen.
- Durch gesetzliche Anhebung der Freibeträge haben sich die Möglichkeiten, Kostenbeiträge geltend zu machen verringert.

11.8. Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung**Produkt: 363390****Anspruchsgrundlage:**

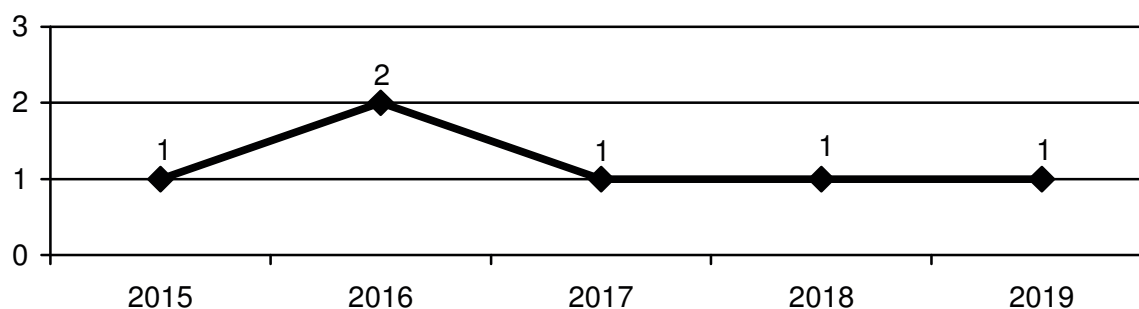
§§ 2, 35 SGB VIII

Gesetzlicher Auftrag:

Sie soll Jugendlichen gewährt werden, die einer intensiven Unterstützung zur sozialen Integration und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung bedürfen. Meist wird diese Hilfe eingerichtet zur Vermeidung einer Inhaftierung, u.U. auch als Auflage des Gerichts. Hilfe bei besonderen Problemlagen wie Suchtgefährdung, Kriminalität, Prostitution...

Fallentwicklung der letzten 5 Jahre:

Jahr	01.01.	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.
2015	2	0	1	1
2016	1	2	1	2
2017	2	0	1	1
2018	1	1	1	1
2019	1	1	1	1

**Bemerkungen:**

- Die Kostenintensität ergibt sich aus einer meist notwendigen 1:1 Betreuung.
- Eine Heranziehung zu einem Kostenbeitrag ist wie bei allen anderen Hilfen zur Erziehung obligatorisch, soweit die Eltern leistungsfähig sind. Zweckbestimmte Leistungen werden ebenfalls – soweit vorhanden – in Anspruch genommen.

11.9. Hilfen für junge Volljährige**Produkt: 363410/363411****Anspruchsgrundlage:**

§§ 2, 41 i.V. §§ 27 ff SGB VIII

Gesetzlicher Auftrag:

Einem Volljährigen soll Hilfe für die Persönlichkeitsentwicklung und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung gewährt werden, wenn und solange die Hilfe aufgrund der individuellen Situation des jungen Menschen notwendig ist. Die Hilfe wird in der Regel bis zum 21. Lebensjahr gewährt; in begründeten Einzelfällen soll sie darüber hinaus, längstens bis zum 27. Lebensjahr gewährt werden. Voraussetzung ist neben einem festgestellten jugendhilferechtlichen Bedarf für den jungen Erwachsenen insbesondere dessen Mitwirkungsbereitschaft und die reale Aussicht, dass die gesetzten Ziele umsetzbar und erreichbar sind.

Die Hilfe umfasst:

- Beratung, Unterstützung, auch Unterbringung,
- Vermittlung an weitere Beratungsstellen, Arbeits-, Gesundheitsamt (z. B. Aids), Suchtberatung, Alkohol- und Drogenberatung,

- Vermittlung von öffentlich-rechtlichen Leistungen (Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Beihilfen) und von Unterhaltsansprüchen,
- Weiterführung der Erziehungshilfe in einer Pflegestelle, in einem Heim oder in sonstigen betreuten Wohnformen,
- Entlassungsvorbereitung und Nachbetreuung nach Heimerziehung, etwa zum Abschluss der Lehre, einschließlich der Beihilfen für Bekleidung, Möbel etc.,
- Beratung und Unterstützung auch nach Beendigung ambulanter Hilfen.

Der junge Volljährige hat einen Kostenbeitrag aus evtl. vorhandenen Einkommen zu leisten; Vermögen ist ebenfalls einzusetzen. Ein Kostenbeitrag der Eltern wird ebenfalls geprüft.

Die Volljährigen verteilen sich am Jahresende auf folgende Hilfen:

• § 30 SGB VIII Erziehungsbeistandschaft	6
• § 33 SGB VIII Vollzeitpflege	6
• § 34 SGB VIII Heimerziehung	5
• § 35a SGB VIII Eingliederungshilfe stationär	7
• § 35a SGB VIII Eingliederungshilfe ambulant	0

11.10. Inobhutnahme, Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen Produkt: 363420
--

Anspruchsgrundlage:

§§ 2, 42 SGB VIII

Gesetzlicher Auftrag:

Das Jugendamt ist berechtigt und verpflichtet, ein Kind oder einen Jugendlichen in seine Obhut zu nehmen, wenn

- das Kind oder der Jugendliche darum bittet
- eine dringende Gefahr für das leibliche Wohl die Inobhutnahme erfordert
- eine familiengerichtliche Entscheidung nicht rechtzeitig eingeholt werden kann.

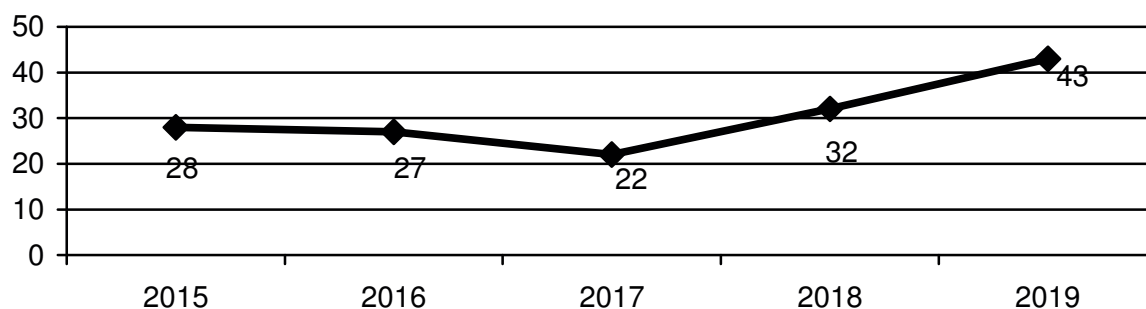
Die Inobhutnahme umfasst das Recht, das Kind oder den Jugendlichen bei einer geeigneten Person oder in einer Einrichtung unterzubringen. Das Jugendamt übt insoweit das Aufenthaltsbestimmungsrecht aus.

Das Jugendamt hat unmittelbar die Personensorgeberechtigten zu informieren. Sind diese mit der Inobhutnahme nicht einverstanden, so hat das Jugendamt unverzüglich eine Entscheidung des Familiengerichts herbeizuführen.

Fallentwicklung in den letzten 5 Jahren:

Jahr	01.01.	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.
2015	7	28	35	0
2016	0	27	25	2
2017	2	22	18	8
2018	8	32	29	11
2019	11	43	47	7

Übersicht über die im Laufe der Jahre in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen:



Bemerkungen:

- Die Inobhutnahmen sind oft ein Schlüsselerlebnis im Leben eines gefährdeten, vernachlässigten, misshandelten oder orientierungssuchenden jungen Menschen. Die Inobhutnahme hat sich zu einem Instrument der echten Krisenintervention gewandelt.
- Inobhutnahme erfolgen überwiegend unter der Woche, aber auch während der Nacht oder am Wochenende bzw. auf Initiative der Polizei.
- Einige Inobhutnahmen sind oftmals innerhalb wenigen Tagen wieder beendet. Das zeigt auch die sehr hohe Fluktuationsquote.
- Kostenbeitrag wird gefordert, soweit Leistungsfähigkeit der Eltern besteht

Pädagogisches Fingerspitzengefühl

Im Landkreis gibt es zu wenige **PFLEGEFAMILIEN** für Kinder, die vom Jugendamt in Obhut genommen werden. VON PHILIPP ROTHENBACHER
Nordbayerisch Nachrichten vom 24.10.2019

11.11. Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche

Produkt: 363430

Anspruchsgrundlage:

§§ 2, 35a SGB VIII

Gesetzlicher Auftrag:

Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf Eingliederungshilfe, wenn

- ihre seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht und
- daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt oder eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist.

Zur Prüfung der Voraussetzungen hierfür ist die Vorlage eines Gutachtens eines Kinder- und Jugendpsychiaters bzw. -therapeuten, eine Stellungnahme der Schule/MSD sowie eine ausführliche Gespräche mit Eltern und Kind/Jugendlichen erforderlich. Die Entscheidung über das Vorliegen einer seelischen Behinderung trifft das Jugendamt auf Grund der vorliegenden Unterlagen.

Eingliederungshilfe gibt es in ambulanter, teilstationärer wie auch stationäre Form.

Bei der ambulanten Form der Hilfe handelt es sich

- vorwiegend um Fördermaßnahmen für Kinder mit Teilleistungsstörungen, z.B. Legasthenie (Lese- und/oder Rechtschreibstörung) oder Dyskalkulie (Rechenstörung)
- Schulbegleitungen bei seelisch behinderten Kindern und Jugendlichen

Fallentwicklung in den letzten 5 Jahren bei den ambulanten Hilfen:

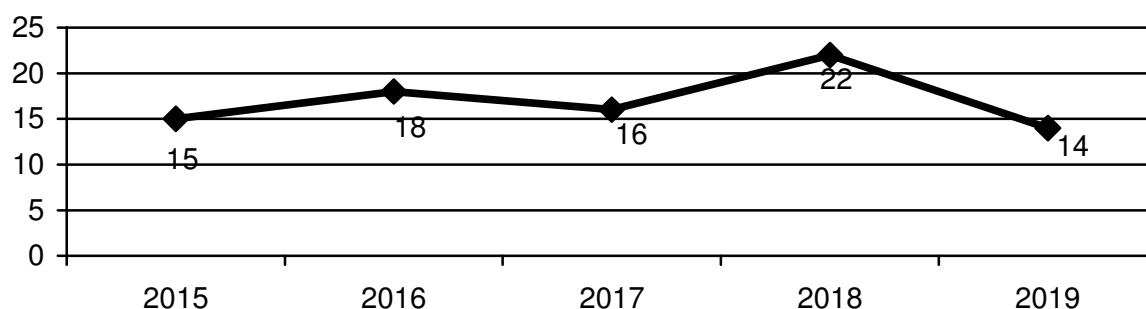
Jahr	Stand 01.01.	Zugang	Abgang	Stand 31.12
2015	35	12	11	36
2016	36	16	22	26
2017	26	11	15	22
2018	22	13	20	15
2019	15	13	9	19

Fallentwicklung in den letzten 5 Jahren bei den teilstationären Hilfen:

Jahr	Stand 01.01.	Zugang	Abgang	Stand 31.12
2015	1	0	0	1
2016	1	0	1	0
2017	0	1	0	1
2018	1	2	1	2
2019	2	0	1	1

Fallentwicklung in den letzten 5 Jahren bei den vollstationären Hilfen:

Jahr	01.01.	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.
2015	20	6	11	15
2016	15	6	3	18
2017	18	5	7	16
2018	16	10	4	22
2019	22	4	12	14

**Bemerkungen:**

- Eingliederungshilfen werden vielfach über den Bezirk an die Jugendämter weitergeleitet. Inhaltliche Schwerpunkte sind Vermeidung einer drohenden Ausgliederung psychisch chronisch kranker junger Menschen, auch auf Grund von Drogen- und Alkoholmissbrauch
- diese Hilfeform wird auch meist über das 21. Lebensjahr hinaus gewährt. Eine Abgabe an die Bezirke in deren Zuständigkeit ist vor Vollendung des 21. Lebensjahres des jungen Menschen nur möglich, wenn keinerlei Entwicklungsfortschritte mehr erkennbar sind.

12. Mitwirkung im familiengerichtlichen Verfahren**Produkt: 363510****Anspruchsgrundlage:**

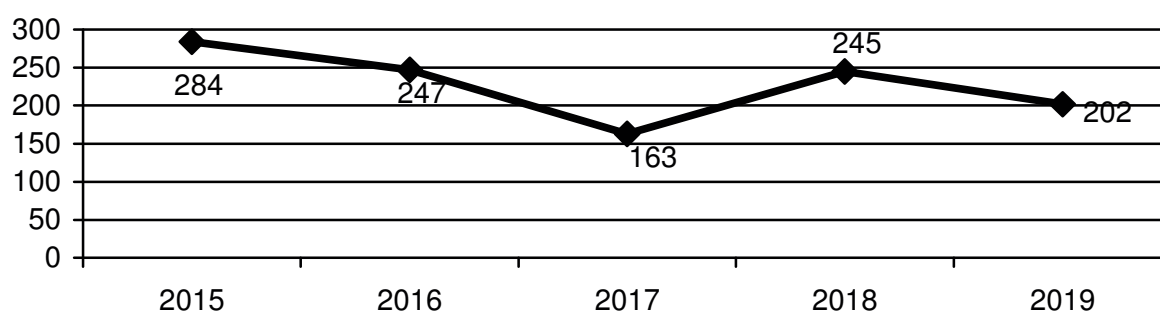
§§ 2, 50 SGB VIII i.V.m. §§ 162, 176, 188, 204, 205, 214 FamFG

Gesetzlicher Auftrag:

Das Jugendamt unterstützt das Familiengericht bei allen Maßnahmen, die die Sorge für die Kinder und Jugendlichen betreffen. Es hat in folgenden Verfahren nach dem Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit mitzuwirken:

- Kindschaftssachen
- Abstammungssachen
- Adoptionssachen
- Ehewohnungssachen
- Gewaltschutzsachen

Das Jugendamt informiert über angebotene und erbrachte Leistungen und bringt erzieherische Gesichtspunkte zur Entwicklung des Kindes und des Jugendlichen ein und weist auf weitere Möglichkeiten der Hilfe hin.

Fallentwicklung in den letzten 5 Jahren:**Bemerkungen:**

- die Fallzahlen sind 2019 nach dem Zuwachs im Vorjahr wieder leicht gefallen

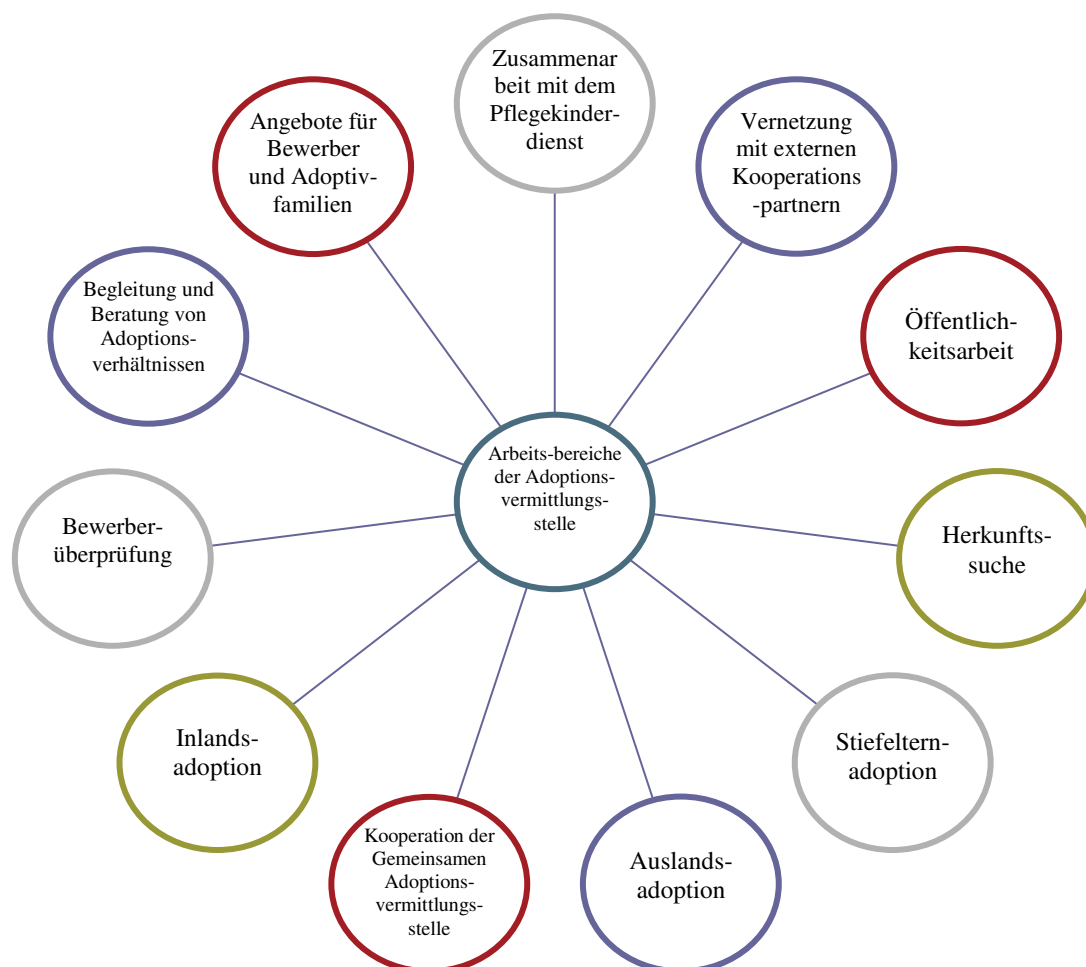
13. Adoptionsvermittlung, Beistandschaften, Vormundschaften/Pflegschaften**Produkt: 363520****13.1. Adoptionsvermittlung****Anspruchsgrundlage:**

§§ 2, .§§ 1741 ff BGB, Adoptionsvermittlungsgesetz

Gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle Bamberg – Forchheim (GA)

Die MitarbeiterInnen der GA (Stadtjugendamt Bamberg, Landratsamt Bamberg Fachbereich Jugend und Familie und Amt für Jugend, Familie und Senioren Forchheim) trafen sich im Berichtszeitraum zu sechs halbtägigen Dienstbesprechungen.

Die Fachkräfte der hiesigen Adoptionsvermittlungsstelle nahmen an zwei regionalen Arbeitskreisen für das Adoptions- und Pflegekinderwesen, an dem Sprechertag des Landesjugendamts nahm die Kollegin des Stadtjugendamts Bamberg teil.

Aufgaben der Adoptionsvermittlungsstelle:Stiefkindadoptionen:

Ein Großteil der ausgesprochenen Adoptionen erfolgt über Stiefeltern oder Verwandte. Die Adoption eines Stiefkindes hat für alle Familienmitglieder umfassende rechtliche Konsequenzen. Eine richterlich ausgesprochene Adoption ist unwiderruflich und kann in der Regel von keinem der Beteiligten rückgängig gemacht werden. Eine Stiefkindadoption ist auch in Eingetragenen Lebenspartnerschaften möglich.

Im vergangenen Jahr war die Adoptionsvermittlungsstelle neben den Beratungen und Stellungnahmen für Stiefelternadoptionen aus dem Inland, mehrfach mit Stiefkindadoptionen beschäftigt, bei denen die leiblichen Väter im Ausland lebten. Dabei stand zunächst die Klärung der rechtlichen Situation im Mittelpunkt und es mussten diesbezüglich Verfahren zur Ersetzung der Einwilligung eingeleitet und begleitet werden.

Vertrauliche Geburt

Nachdem die Zahl der im Rahmen der Vertraulichen Geburt zu vermittelnden Kinder in den letzten Jahren insbesondere in Bamberg gestiegen ist, ist 2019 auch in der Forchheimer Klinik erstmals ein Kind im Rahmen der Vertraulichen Geburt zur Welt gekommen. Das noch relativ neue rechtliche Konstrukt „Vertrauliche Geburt“ ist nun inzwischen auch in Forchheim angekommen. Dank der vorbereitenden Treffen und den Erfahrungen der Stadt Bamberg ist die Kooperation mit der Klinik und der Schwangerenberatungsstelle gut gelaufen.

Neuerungen

Es sind rechtliche Neuerungen bezüglich der Beratung von allen in dem Adoptionsprozess beteiligten Personen in den nächsten Jahren zu erwarten. So soll die Adoptionsvermittlungsstelle auf eine altersgerechte Aufklärung über die Tatsache der Adoption hinwirken. Es soll zukünftig ein Rechtsanspruch auf Beratung und weitergehende Betreuung auch nach

gerichtlichem Abschluss der Adoption geben, auch für die Herkunftseltern. Des Weiteren ist eine verpflichtende Beratung im Rahmen der Stiefkindadoption vorgesehen.

Dies wird die Adoptionsfachkräfte vor neue Herausforderungen und Aufgaben stellen, welche auch neue zeitliche und personelle Ressourcen erfordern werden.

Angebote für Adoptivfamilien und Adoptionsbewerber:

Die Elternarbeit der Gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle Bamberg – Forchheim hat zum Ziel, Adoptivfamilien, Adoptionsbewerber und Adoptivkinder zu vernetzen, die Möglichkeit der gegenseitigen Entlastung und des Erfahrungsaustausches zu bieten und den Kontakt zur Fachkraft im Jugendamt aufrecht zu erhalten.

Folgende Angebote wurden für Adoptivfamilien und Adoptionsbewerber im Jahr 2019 durchgeführt:

- Wochenendseminar zur Vorbereitung von Adoptionsbewerbern im Februar mit 9 teilnehmenden Paaren
- Informationsveranstaltung zur Vertraulichen Geburt mit Fr. Steger-Böhnlein von DONUM VIATE Bamberg
- Informationsveranstaltung über Adoption, Vollzeitpflege und Familiärer Bereitschaftspflege
- Sommerausflug mit kleiner Wanderung zum Schmausenkeller in Reundorf im Juli
- Fortbildungsveranstaltung zum Thema Trauma „Wenn die Wunde verheilt ist, schmerzt die Narbe. – Traumatisierte Pflege- und Adoptivkinder“ mit Alexander Korritko
- Das von den Eltern eigenständig organisierte Kinderturnen für Eltern mit Adoptiv- und Pflegekindern fand weiterhin regelmäßig statt.

Zahlen der Adoptionsvermittlungsstelle Forchheim:

	2018	2019
Abgeschlossene Adoptionen:	7	9
davon abgeschlossene Stiefelternadoptionen:	4	8
Kinder in Adoptionspflege:	2	3
davon aus dem Ausland:	0	1
Fachliche Äußerungen für das Familiengericht:	10	8
Beratungen bei Stiefelternadoptionen:	13	11
Beratungen von Paaren, die ein Kind adoptieren wollen:	7	15
davon Antragstellung auf Adoption eines Kindes	3	7
Fremdbewerbungen:	15	10
Durchgeführte Eignungsüberprüfungen:	7	6
Beratung von schwangeren Frauen:	2	0
Beratung von Adoptivfamilien	4	2
Suche nach leiblichen Eltern und Geschwistern:	2	2
Gemeldete Bewerberpaare in der GA:	25	26
davon Stadtjugendamt Bamberg	3	4
Kreisjugendamt Bamberg	10	12
Amt für Jugend, Familie und Senioren Forchheim	12	9
Fremdjugendamt	0	1
Vormundschaften:	0	1

13.2. Beistandschaften, Vormundschaften/Pflegschaften

Auftragsgrundlage:

§§ 53, 55 56 58 SGB VIII, § 1712 ff. BGB

Kurzbeschreibung Beistandschaften

- der Beistand ist auf Antrag eines Elternteils zuständig für die Feststellung der Vaterschaft
- Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen und Pfändungsmaßnahmen
- Festsetzung der Unterhaltsansprüche durch gerichtliche Verfahren
- Weiterhin berät und unterstützt der Beistand Minderjährige und junge Volljährige in Unterhaltsangelegenheiten
- Ein weiterer Aufgabenbereich ist die Beratung der unverheirateten Mutter aus Anlass der Geburt
- Schriftliche Auskunft über die Nichtabgabe einer Sorgeerklärung (Negativatteste)

Kurzbeschreibung Vormundschaften und Pflegschaften

- Der Vormund übt die elterliche Sorge für das Kinder einer minderjährigen Mutter aus,
- insbesondere zur Klärung der Abstammung und Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen
- Im Falle eines Sorgerechtsentzuges übernimmt der Vormund/Pfleger die ihm übertragenen Aufgaben und übt dies durch gerichtlichen Beschluss aus. Dieser vertritt hier das Mündel oder den Pflegling in rechtlichen Angelegenheiten.
- Auswahl und Vorschlag geeigneter Einzelpersonen für das Vormundschaftsgericht und Beratung dieser Personen nach deren Bestellung, in allen die Vormundschaft oder Pflegschaft betreffenden Angelegenheiten
- Vormundschaft für unbegleitete oder begleitete minderjährige Asylbewerber, incl. rechtlicher Vertretung in Asylangelegenheiten.

Entwicklung in den Berichtsjahren

	2015	2016	2017	2018	2019
Zahl der Beistandschaften/Beratungsfällen	899	896	930	932	931
Pflegschaften	46	26	35	19	10
Vormundschaften	33	31	20	15	4
davon Adoptionsvormundschaften	4	2	2	2	1
davon Vormundschaften für unbegleitete und unbegleitete minderj. Asylbewerber	18	15	6	4	AWO

Bewertungen:

- Die Vormundschaften für die umA werden von Betreuungsverein der AWOForchheim geführt; ebenso ein Teil der Pflegschaften für deutsche Kinder und Jugendliche
- Die Zahl der gerichtlichen Verfahren zur Regelung von Vaterschaft und Unterhalt ist weiterhin gestiegen.

13.3. Beurkundung, Beglaubigungen

Auftragsgrundlage:

§§ 58 a, 59, 60 SGB VIII, Beurkundungsgesetz

Kurzbeschreibung:

- Erstellen von diversen Urkunden über die Anerkennung der Vaterschaft und /oder Unterhaltsverpflichtungen, gemeinsam elterliche Sorge, diverse weitere Urkunden
- Ausfertigung von Rechtsnachfolgeklauseln
- Beantragung von Genehmigungen weiterer vollstreckbarer Ausfertigung und Ausstellung dieser
- Erfassung von Sorgeerklärungen und Führen des Sorgerechtsregisters
- Erfassung von Gerichtsentscheidungen über die Übertragung der gem. elterlichen Sorge nicht verheirateter Eltern im Sorgerechtsregister

Entwicklung in den Berichtsjahren:

Jahre	2015	2016	2017	2018	2019
Beurkundungen insgesamt	368	361	347	395	422
davon Sorgerechtserklärungen	133	178	160	188	172
Erfassung Sorgeerklärungen anderer Jugendämter	18	15	6	4	49

Bemerkungen:

- Die Anzahl der Beurkundungen ist weiterhin gestiegen.
- Im Berichtszeitraum erfolgten weiterhin Beurkundungen zur Vaterschaftsanerkennung ausländischer Mitbürgers/Asylsuchenden. Diese sind aufgrund von Sprachbarrieren sehr zeitaufwändig.

Auskünfte aus dem Sorgerechtsregister:

In den Jugendämtern des Wohnortes wird weiterhin das Sorgerechtsregister für die im Landkreis geborenen Kindern geführt.

Immer mehr nichtverheiratete Eltern nutzen die Möglichkeit der Begründung der gemeinsamen elterlichen Sorge. Die Zahl der Anforderung von Negativattesten blieb auch in diesem Jahr überdurchschnittlich. Diese werden zur Beantragung von Kinderausweisen, Kontoeröffnungen, Einschulungen, Kindergartenanmeldungen, vorzeitigen Führerscheinen usw. benötigt.

Die Verpflichtung zur Ausstellung besteht für das Wohnortjugendamt. Hier sind in vielen Fällen Nachfragen bei den entsprechenden Geburtsjugendämtern erforderlich.

14. Mitwirkung im Verfahren vor dem Jugendgericht

Produkt: 367530

Anspruchsgrundlage:

§§ 2 SGB VIII, 10, 45, 47 JGG

Gesetzlicher Auftrag:

Jugendgerichtshilfe ist eine Pflichtaufgabe des örtlichen Jugendhilfeträgers.

Aufgabe des Amtes für Jugend, Familie und Senioren ist u.a. die Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtshilfegesetz (JGG).

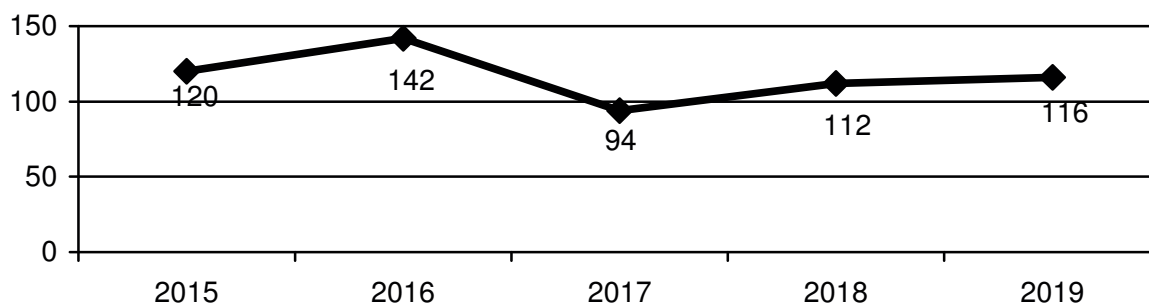
Bei Strafverfahren gegen Jugendliche (14 bis 18 Jahre) oder Heranwachsende (18 bis 21 Jahre) leistet das Jugendamt, der Allgemeine Sozialdienst, Jugendgerichtshilfe.

Die Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnen des Amtes für Jugend und Familie

- machen den betroffenen Jugendlichen bzw. Heranwachsenden und ihren Eltern das Gerichtsverfahren und möglich Folgen transparent
- erstellen einen Sozialbericht über die Betroffenen, über erzieherische, soziale und sozialpädagogische Aspekte
- nehmen an der Gerichtsverhandlung teil und äußert sich ggf. zu Sanktionen

Fallentwicklung in den letzten 5 Jahren:

	2015	2016	2017	2018	2019
JGH insgesamt	120	142	94	112	116



15. Jugendhilfeplanung

Produkt: 363620

Anspruchsgrundlage:

§§ 79, 80 SGB VIII

Gesetzlicher Auftrag:

Die Jugendhilfeplanung ist ein Instrument zur systematischen, innovativen und damit zukunftsgerichteten Gestaltung und Entwicklung der Handlungsfelder der Jugendhilfe mit dem Ziel, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien zu erhalten oder zu schaffen (§ 1 Ahtes Sozialgesetzbuch - SGB VIII) und ein qualitativ und quantitativ bedarfsgerechtes Jugendhilfeangebot rechtzeitig und ausreichend bereitzustellen (§ 79 SGB VIII).

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Landkreise, kreisfreie Städte) haben für die Erfüllung der Aufgaben nach dem Kinder und Jugendhilfegesetz die Gesamtverantwortung einschließlich der Planungsverantwortung. Sie ist darauf gerichtet, die Leistungen und Aufgaben der Jugendhilfe optimal zu erfüllen. Als Mittel hierzu gehört nach § 80 SGB VIII die Jugendhilfeplanung.

Tätigkeiten 2019:

Der Schwerpunkt der Jugendhilfeplanung im Landkreis Forchheim lag 2019 auf der Bedarfsplanung Kindertagesbetreuung. Außerdem wurde der Maßnahmenplan 2016 weiter umgesetzt und Entwicklungen in den Handlungsfeldern behandelt. Daneben wurden zwei Förderprogrammen fortgesetzt:

- Strukturelle Weiterentwicklung kommunaler Familienbildung und von Familienstützpunkten (seit 01.06.2015)
- JUGEND STÄRKEN im Quartier (seit 01.09.2015, bis 30.06.2022)

Die 3 Arbeitskreise der Jugendhilfeplanung trafen sich 2019 zu jeweils 2 Sitzungen.

- Alle Arbeitskreise der Jugendhilfeplanung beschäftigten sich mit den jeweiligen Handlungsfeldern des Maßnahmenplans 2016 und dessen Umsetzung, sowie der aktuellen Situation.
- Arbeitskreis 16:
Maßnahmenplan: Handlungsfelder I (Jugendarbeit) und III (Jugendschutz)
- Arbeitskreis 23:
Maßnahmenplan: Handlungsfelder IV (Familienberatung etc.), V (Familienbildung) und VI (Kindertagesbetreuung)
Vorstellung „Elterntalk“
- Arbeitskreis 45:
Maßnahmenplan: Handlungsfelder II (Jugendsozialarbeit), VII (Hilfe zur Erziehung und andere Aufgaben) und VIII (Schule und Jugendhilfe)

Die Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfeplanung führte 3 Zusammenkünfte durch. Themen der Treffen:

- Bewertung der Umsetzung des Maßnahmenplans 2016 der Jugendhilfeplanung
- Ziele und Vorhaben 2019
- Struktur der Jugendhilfeplanung
- Vor- und Nachbesprechung der Jugendhilfeausschusssitzungen

Tätigkeiten des Jugendhilfeplaners:

- Vor-, Nachbereitung und Durchführung der Sitzungen der Arbeitskreise und der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfeplanung.
- Vorlage eines Sachstandsberichts zur Kindertagesbetreuung am 17.07.2019 im Jugendhilfeausschuss.
- Vorstellung der örtlichen Daten und Ergebnisse aus der Elternbefragung 2018 zur Kindertagesbetreuung in Stadt- und Gemeinderatssitzungen. Beratung der Gemeinden zusammen mit der Fachberatung für Kindertageseinrichtungen.

Kinderbetreuung in Containern als „Interimslösung“

Oberbürgermeister Uwe Kirschstein bereitet den Stadtrat auf unangenehme Entscheidungen vor — Zwei Stimmen gegen Haushaltsplan
Nordbayerische Nachrichten vom 02.03.2019

- Begleitung der Umsetzung des Maßnahmenplans 2016 zur Jugendhilfeplanung, welcher sich in 10 Handlungsfelder gliedert. Ausführlicher Bilanzbericht im Jugendhilfeausschuss am 17.07.2019.
- Erstellung von Bedarfsfeststellungen zur Erweiterung von Jugendsozialarbeit an der Mittelschule Gräfenberg und der Grundschule Buckenhofen-Burk und der Schaffung einer Stelle an der Realschule Gräfenberg.

PÄDAGOGIK Fränkischer Tag vom 31.07.2019

Jugendsozialarbeit wird es ab September an 13 Schulen im Landkreis geben

- Leitung der Redaktionsgruppe zur Erstellung des Sozialatlases (www.sozialatlas-fo.de) für den Landkreis Forchheim. 2019 lag die Nutzung bei 15.000 Besuchen. Ca. 800 Einträge von Einrichtungen und deren Angeboten.
- Mitarbeit in der kommunalen Koordinierungsstelle (3,9 Wochenstunden) im Förderprogramm JUGEND STÄRKEN im Quartier. Teilnahme an den Treffen der Steuerungsgruppe und des Netzwerkes.
- Mitglied des Planungsstabes zur Kreisentwicklung.
- Mitarbeit im Fachbeirat Bildung des Landkreises Forchheim.

- Erstellung von Auswertungen und Berichten. Überprüfung der Einteilung der Bezirke des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD).
- Aktualisierung des Ordners zur Jugendhilfeplanung auf der Homepage des Landkreises.
- Zusammenstellung von Datenmaterial aus dem Bereich der Jugendhilfeplanung zur Vorbereitung der Informationsbesuche des Landrates in insgesamt 6 Gemeinden des Landkreises.
- Projektleitung beim Qualitätsentwicklungsprozess im Sozialen Dienst des Jugendamtes. Überarbeitung und Fertigstellung der Druckversion des Arbeitshandbuches des Sozialen Dienstes. Durchführung eines Orga-Tages.
- Teilnahme an den Runden Tischen „Jugendarbeit“ und „Frühe Hilfen“.
- Ansprechpartner im Amt für Jugend, Familie und Senioren und Leitung des Fachbeirats (Fachkräfte, Träger, Schulleitungen, Schulamt, Jugendamt) und des Fachkräftetreffens zur Jugendsozialarbeit an Schulen. Je ein Treffen in 2019.

16. Koordinierende Kinderschutzstelle (KoKi)

Produkt: 363620



Netzwerkarbeit

Die Netzwerkarbeit im Jahr 2019 wird wie gewohnt fortgesetzt. Nach dem Personalwechsel und um mehr Aufmerksamkeit sowie neue Netzwerkpartner für die KoKi zu gewinnen, wurde im Juli 2019 ein neuer Flyer, Plakate und ebenso ein Schreiben für die Netzwerkpartner aufgesetzt. Auch das Aufsuchen der Netzwerkpartner, um die KoKi wieder ins Gedächtnis zu rufen und die neue Kollegin persönlich vorzustellen, wurde im Jahr 2019 angefangen. Außerdem wurde 2019 am Abschluss von Einzelvereinbarungen mit den Netzwerkpartnern der KoKi weiter gearbeitet.

Die KoKi-Mitarbeiterinnen nahmen an verschiedenen themenspezifischen Arbeitskreisen teil:

- Jugendhilfeplanung
- Netzwerk Krise nach der Geburt
- Netzwerk junge Familien – Ernährung und Bewegung
- Steuerungsgruppe Familienstützpunkte und Netzwerktreffen
- Gesundheitsregion Plus; Teilnahme am Arbeitskreis Kindergesundheit-Prävention
- Teilnahme an Sozialdienstbesprechung Schnittstelle ASD
- Entwicklung des Arbeitshandbuches für den Sozialen Dienst („Orga-Tag“)

Seit Oktober 2019 ist der Arbeitskreis Forchheim der PSAG BA-FO in Vernetzung mit dem AK „Psychische Gesundheit“ der Gesundheitsregionplus Landkreis Forchheim ein fester Bestandteil der KoKiarbeit.

Die Mitarbeiterinnen der KoKi nahmen an zwei Treffen der oberfränkischen KoKi - Stellen teil, die sowohl dem regionalen als auch dem überregionalen Austausch mit den übergeordneten Fachstellen, der Netzwerkkoordinatorin der Frühen Hilfen auf Landesebene, der Fachberatung KoKi-Förderung Bayern, der Fachberatung Bundesstiftung Familienhebammen Bayern sowie mit der Fachstelle der Regierung von Oberfranken dienen. Im Jahr 2019 wurde das erste KoKi-Oberfrankentreffen am 08. Mai 2019 in St. Gereon in Forchheim von der KoKi Forchheim ausgerichtet.

Am 27.02.2019 organisierte die KoKi Forchheim eine Fachveranstaltung mit dem Thema „Tatort Familie – Kinder im Spannungsfeld häuslicher Gewalt“ an dem rund 75 Teilnehmer anwesend waren. Hierfür wurde Frau Susanne Prinz, Dipl. Pädagogin, Sozialtherapeutin für Sucht und Familienmediatorin (zertifizierte Kinderschutzfachkraft) und Herr Peter Grundler

von der Gewaltberatung Nürnberg e.V. für einen Vortrag eingeladen. Unterschiedliche Fachkräfte (ASD, Erziehungsberatungsstelle, Familiengericht, Mitarbeiter des Frauenhauses, Gewaltschutzberatung der Polizei Forchheim/ Ebermannstadt) berichteten über ihre Tätigkeiten und standen für jegliche Fragen bereit.

Projektarbeit

Die Zusammenarbeit mit der Geburtsstation des Klinikums Forchheim wurde 2019 fortgeführt. Das Klinikum erklärte sich bereit, die KoKi-Arbeit über die Untersuchungshefte bei den jungen Eltern bekannt zu machen. Dazu lieferte die KoKi regelmäßig die benötigte Anzahl an Flyer zum Einlegen in die Untersuchungshefte, ca. 100 Stck./zweimonatlich. Eine Mitarbeiterin der KoKi informierte an fünf Infoabenden des Klinikums die Schwangeren über die Angebote der KoKi-Stelle sowie über weitere Angebote des Landratsamtes für diese Zielgruppe.

Im Berichtszeitraum wurden drei Ernährungskurse in Zusammenarbeit mit dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bamberg durchgeführt zu den Themen:

- Genuss im Frühling! – Saisonale Gerichte, gesund, frisch und schnell zubereitet!
- Genuss im Herbst! - Saisonale Gerichte, gesund, frisch und schnell zubereitet!
- Jeder kann kochen! - Genuss im Winter!

Die Kurse fanden im Mehrgenerationenhaus/Familienstützpunkt Forchheim Nord statt. Die Kosten der Kurse (Raummiete, Ernährungsberaterin und Lebensmittel) wurden vom AELF übernommen, die Organisation und die Kinderbetreuungskosten übernahm die KoKi.

Das Team der gesundheitsorientierten Familienbegleitung der Bundesstiftung Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen erweiterte sich 2019 um zwei Kinderkrankenschwestern. Beide befinden sich derzeit in der erforderlichen Weiterbildung zur Familienkrankenschwester; eine war bereits Ende 2019 bei der KoKi im Einsatz. 2019 konnten somit sechs Gesundheitsfachkräfte (drei Familienhebammen, zwei Familienkrankenschwester und eine Kinderkrankenschwester in Ausbildung) in 14 Familien eingesetzt werden. Die Fachkräfte aus den Gesundheitsberufen arbeiten als selbständige Honorarkräfte unter Fallsteuerung der KoKi, sie werden zur regelmäßigen Fallbesprechung ins KoKi-Team eingebunden und haben daneben die Möglichkeit zur externen Supervision. Sie nehmen an den regelmäßigen Netzwerktreffen der Frühen Hilfen teil. Des Weiteren hat die KoKi eine „Trageberatung für Babys und Kleinkinder“ für die GFBs angeboten. Hierzu wurde Tanja Beritsch (Trageberatung aus Forchheim) an einem Nachmittag eingeladen.

Im Rahmen der Bundesstiftung konnte eine Familie ein Haushaltsorganisationstraining (HOT) vermittelt werden. Anbieter ist das Familienpflegewerk des Bayerischen Landesverbandes des Katholischen Deutschen Frauenbundes e. V.

Fallbezogene Beratung

Im Rahmen der Begleitung von Schwangeren und Familien mit Kindern im Alter von 0 – 3 Jahren kristallisierte sich im Berichtszeitraum heraus, dass die Anliegen der Klienten vielschichtiger und komplexer geworden sind und eine sehr gute fachlich fundierte Herangehensweise und Begleitung erforderlich machten. Auch die Zahl der Fallanfragen ist im vergangenen Jahr gestiegen.

Anzahl der Erstkontakte:	51
Davon Anzahl der weitervermittelten Fälle:	40
Aufsuchende Beratung über die Bundesstiftung (BS)	14
Haushaltsorganisationstraining (HOT)	1

Sowohl Berufsheimnisträger (Ärzte, Hebammen, Psychologen, Sozialpädagogen etc.) als auch andere Personen, die beruflich in Kontakt mit Kindern stehen, haben Anspruch auf eine pseudonymisierte Beratung zur Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung durch das Jugendamt (Beratung nach § 8 b SGB VIII/ § 4 KKG). Wenn es sich dabei um Kinder unter drei Jahren handelt, übernimmt diese Aufgabe die KoKi.

Pseudonymisierte Fallberatungen/Coaching:

- | | |
|---|---|
| a) Fallberatung von Netzwerkpartnern nach § 8 b SGB VIII: | 8 |
| b) Fallberatungen von Netzwerkpartnern nach § 4 KKG: | 3 |

Sonstiges

Die Mitarbeiter der KoKi nahmen 2019 wieder an verschiedenen Fachtagen und Fortbildungen teil.

Fachtage:

- 18.02.2019 ZBFS Nürnberg
„Europäische Datenschutz-Grundverordnung und dessen Bedeutung für die frühen Hilfen“
- 07.09.2019 Landratsamt Forchheim
„Wenn die Wunde verheilt ist, schmerzt die Narbe“ Traumatisierte Pflege- und Adoptivkinder
- 11.09.2019 KoKi- Fachtag Bamberg
„Frühe Hilfen im Kinderschutz- gemeinsame Aufgabe von Jugendhilfe und Gesundheitshilfe“
- 16.10.2019 KoKi-Fachtag Hof
„Kinderschutz zwischen den Stühlen“ – Herausforderungen interprofessionelles Handeln
- 06.11.2019 KoKi- Fachtag Lichtenfels
„Gesunde seelische Entwicklung bei traumatischer Erfahrung in der frühen Kindheit“
- 25.11.2019 ZBFS Nürnberg
„Im Dialog: KoKi & SSB. Kooperation aus systemischer Sicht“

Fortbildungen:

- 16.09.- 18.09.2019 und 04.11.- 06.11.2019 Beilngrieß
„Grundkurs: Koordinierende Kinderschutzstelle (KoKi) – Netzwerk frühe Kindheit in Bayern“

17. Einrichtungen der Jugendarbeit/Jugendräume**Produkt: 366000****Anspruchsgrundlage:**

§§2, 11, 79 ff SGB VIII, Art. 30 AGSG

Richtlinien des Landkreises Forchheim für die Gewährung von Zuschüssen für den Bau, die Modernisierung und Ausstattung von Einrichtungen der Jugendarbeit vom 01.01.2003

Gesetzlicher Auftrag:

Mit der Zuschussgewährung erfüllt der Landkreis im Rahmen seiner Gesamtverantwortung als Träger der öffentlichen Jugendhilfe seine Aufgabe durch finanzielle Zuwendungen zur Sicherung und zum bedarfsgerechten Ausbau des Leistungsangebots der Jugendarbeit beizutragen.

Ein Rechtsanspruch auf die Förderung besteht nicht. Die Förderung erfolgt im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Zuschüsse werden nur an folgende Träger gewährt

- anerkannte Träger der freien Jugendhilfe
- Jugendverbände und Jugendorganisationen, die dem KJR angeschlossen sind

Fördersumme:

- für Baumaßnahmen 10% der zuschussfähigen Kosten, maximal 10.000 €
- für die Einrichtung und Ausstattung 20% der zuschussfähigen Kosten, max. 2.500 €

2019 sind keine Anträge auf Förderung eingegangen.

**18. Einrichtungen der Familienförderung,
Stütz- und Förderklassen (SAFE)****Produkt: 367200****Anspruchsgrundlage:**

§ 81 SGB VIII: Strukturelle Zusammenarbeit der öffentlichen Jugendhilfe mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen

Gesetzlicher Auftrag:

§ 27 Absatz 2 SGB VIII: Anspruch der Personensorgeberechtigten auf Hilfe zur Erziehung entsprechend des erzieherischen Bedarfs im Einzelfall.

Kooperationsvereinbarung zwischen dem Sonderpädagogischen Förderzentrum (SFZ), dem Freundeskreis des Sonderpädagogischen Förderzentrums und dem Landkreis Forchheim vom 31.07.2015.

Allgemeine Beschreibung:

Die Stütz- und Förderklassen am Sonderpädagogischen Förderzentrum Forchheim (im folgenden SAFE) sind eine ganztägige schulische Einrichtung für Schüler mit Förderbedarf im emotionalen und sozialen Bereich, die aufgrund ihres Verhaltens und ihrer individuellen Bedürfnisse an ihren bisherigen Schulen nicht ausreichend gefördert werden können. Die Schüler werden dabei in den Klassenstufen zwei bis vier nach dem Grundschullehrplan unterrichtet. Für die Aufnahme wird ein zumindest durchschnittliches Intelligenzpotential vorausgesetzt. In Einzelfällen ist auch eine Differenzierung aufgrund kognitiver Leistungsrückstände im Klassenverbund möglich. Die Beschulung erfolgt in kleinen Klassen von max. 8 Schülern (insgesamt somit 24 Schüler). In jeder Klasse wirken ein/e SonderschullehrerIn, ein/e heilpädagogische/r FörderlehrerIn sowie ein/e SozialpädagogIn zusammen. Es erfolgen neben der schulischen, sozialen und individuellen Förderung auch eine enge Zusammenarbeit mit und Beratung der Erziehenden sowie eine Unterstützung der Familien.

Ziele der Maßnahme sind insbesondere der Erhalt des sozialen Umfeldes und des Lebensbezuges zur Familie sowie eine Rückführung der Schüler nach der vierten Klasse an die Regelschule oder eine andere geeignete Schulform. Während der fünften Jahrgangsstufe erfolgt eine Nachbetreuung der Kinder und ihrer Familien durch MitarbeiterInnen der SAFE. Entsprechend des Bedarfs im Einzelfall können die Familien zudem durch eine ambulante Erziehungshilfe unterstützt werden.

Die Ausgangslage des Projekts war, dass etliche Kinder aus dem Landkreis, die Schulen zur Erziehungshilfe außerhalb des Landkreises (Bamberg, Erlangen, Schnaittach) zugewiesen wurden, meist nicht mehr die Möglichkeit hatten, wieder an ihrer Heimatschule unterrichtet zu werden. Dies war der Anlass, ab dem Schuljahr 2005/2006 am hiesigen Förderzentrum die sog. Stütz- und Förderklassen einzurichten.

Bisher konnten fast alle Kinder nach dieser Zeit in der SAFE wieder die Regelschule besuchen, einige von Ihnen auch weiterführende Schulen.

Diese Form der Beschulung hat sich sehr bewährt. Nach wie vor sind die Klassen „ausgebucht“. Es besteht eine enge Vernetzung zwischen den SAFE-Klassen und dem Amt für Jugend, Familien und Senioren.

SAFE stellt ein Kooperationsprojekt des Sonderpädagogischen Förderzentrums Forchheim (SFZ), des Freundeskreises des SFZ im Landkreis Forchheim e.V. und des Landkreises Forchheim dar. Die Leitung, die pädagogische Gesamtverantwortung sowie die Dienst- und Fachaufsicht obliegen der Schulleitung des SFZ. Das Amt für Jugend, Familie und Senioren übt eine beratende Funktion aus. Die sozialpädagogischen Fachkräfte sind beim Freundeskreis des SFZ als Anstellungsträger beschäftigt. Der Landkreis Forchheim als Sachaufwandsträger der Schule und als öffentlicher Träger der Jugendhilfe trägt die Personalkosten für die SozialpädagogInnen sowie die Sachkosten der SAFE.

Seit dem Schuljahr 2015/2016 wird die Förderung in der SAFE im Rahmen des gesetzlichen Anspruchs auf Hilfe zur Erziehung gemäß § 27 (2) SGB VIII gewährt. Neben der Prüfung der sonderpädagogischen Voraussetzungen durch das SFZ findet eine entsprechende sozialpädagogische Bedarfsklärung sowie eine einzelfallorientierte Hilfeplanung unter Federführung des Sozialdienstes des Amtes für Jugend, Familie und Senioren statt.

19. Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstelle

Produkt: 367500

Anspruchsgrundlage:

§§2, 28, 74 SGB VIII

Gesetzlicher Auftrag:

Erziehungsberatungsstellen sollen Kinder, Jugendliche, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrunde liegenden Faktoren, bei der Lösung von Erziehungsfragen sowie bei Trennung und Scheidung unterstützen.

Die Erziehungsberatungsstelle bietet die Möglichkeiten von Außensprechtagen

Die Erziehungsberatungsstelle für den Landkreis Forchheim steht unter der Trägerschaft des Caritasverbandes für die Stadt Bamberg und den Landkreis Forchheim e.V.

Was den Umfang der Tätigkeiten der Erziehungsberatungsstelle anbelangt, so wird auf deren Jahresbericht verwiesen.

Die Erziehungsberatungsstelle erhält einen Zuschuss zu den Personal- und Sachkosten in Höhe von 90%.

Zwischen dem Amt für Jugend, Familie und Senioren und der Erziehungsberatungsstelle erfolgt eine regelmäßige und konstruktive Zusammenarbeit.

20. Förderung von sonstigen Einrichtungen der Jugendhilfe

Produkt: 367800

20.1. Ambulante Jugendgerichtshilfe - AWO

Anspruchsgrundlage:

§§2, 11, 79 ff SGB VIII, Art. 30 AGSG

Gesetzlicher Auftrag:

Mit der Durchführung und Begleitung von Maßnahmen, die seitens des Gerichtes im Rahmen des Jugendgerichtsverfahrens den Jugendlichen auferlegt wurden, z.B. Gesprächsweisungen, Betreuungsweisungen, Täter-Opfer-Ausgleich, Soziale Trainingskurse) wurde per Vertrag bereits vom 01.10.1997 die Arbeiterwohlfahrt (zwei 0,5-Stellen) beauftragt.

20.2. Kinderschutzbund

Zunehmend besteht der Bedarf bei Kindern, deren Eltern nicht zusammen leben den Umgang mit dem anderen Elternteil zu begleiten. Teilweise geschieht dies auch aufgrund richterlicher Anordnungen.

Klienten des Jugendamtes werden dazu an die Erziehungsberatungsstelle verwiesen oder auch direkt an den Kinderschutzbund. Nicht selten werden die Umgänge auch direkt seitens der Mitarbeiter des Jugendamtes durchgeführt.

Der Kinderschutzbund erhält für die Durchführung des begleiteten Umgangs einen jährlichen Zuschuss.

21. Staatliches Wächteramt / Gefährdungen

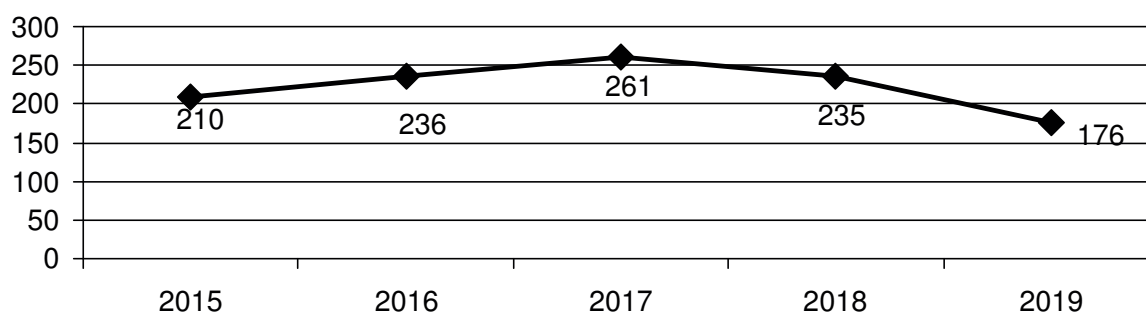
Anspruchsgrundlage:

§ 8a SGB VIII

Gesetzlicher Auftrag:

Werden dem Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt, so hat es das Gefährdungsrisiko im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte einzuschätzen. Soweit der wirksame Schutz dieses Kindes oder Jugendlichen nicht in Frage gestellt ist, hat das Jugendamt die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder den Jugendlichen in die Gefährdungseinschätzung einzubeziehen und sofern dies nach fachlicher Einschätzung erforderlich ist sich dabei einen unmittelbaren Eindruck von dem Kind und von seiner persönlichen Umgebung zu verschaffen.

Entwicklung in den Berichtsjahren:



Zum 01.01.2012 ist das Bundeskinderschutzgesetz in Kraft getreten. Bei Gefährdungsmeldungen hat das Jugendamt sein Handeln akribisch zu dokumentieren. Gefährdungsfälle werden stets vorrangig bearbeitet. Nicht selten ist sofortiges Handeln erforderlich.

Bemerkungen:

- Im Zuge der Anforderungen des zum 01.01.2012 in Kraft getretenen Bundeskinderschutzgesetz wurde 2012 mit allen Trägern, die Jugendhilfe anbieten neue sog. „8a-Vereinbarungen“ geschlossen, die Standards für das Verfahren bei Auftreten gewichtiger Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung verbindlich festlegen.
- Durch Angebote wie die Koordinierende Kinderschutzstelle (KoKi), durch eine intensive Beratungstätigkeit des Sozialdienstes, durch Projekte im Rahmen der Familienbildung wie PAT und Opstapje, durch den zunehmenden Ausbau von Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS), durch weitere niedrigschwellige Angebote sollen sich anbahnende Krisen rechtzeitig und im Vorfeld erkannt und angegangen bzw. auch vermieden werden.
- Tatsache ist, dass jeder Meldung nachgegangen wird

22. Unbegleitete minderjährige Ausländer (umA)

Am **01.01.2019** war das Landratsamt Forchheim für **37** unbegleitete minderjährige Ausländer zuständig.

Hilfeart	01.01.2018	Zugänge	Abgänge	31.12.2019
Inobhutnahme (§ 42)	0	2	0	2
Heimerziehung (§ 34)	17	1	10	8
Betreutes Wohnen (§ 34)	1	1	2	0
Hilfe für junge Volljährige (§ 41) in Form von Heimerziehung (§ 34)	2	3	4	1
Hilfe für junge Volljährige (§ 41) in Form von sonst. betreute Wohnform (§ 34) – Betreutes Wohnen	8	3	8	3
Vollzeitpflege (§ 33 SGB VIII)	1	1	1	1
Erziehungsbeistandschaft (§ 30)	2	0	2	0
Hilfe für junge Volljährige (§ 41) in Form von Erziehungsbeistandschaft (§ 30)	6	8	8	6
Gesamt	37			21

Am **31.12.2019** war das Landratsamt Forchheim für **21** Jugendliche und junge Volljährige zuständig.

Die unbegleiteten Minderjährigen werden nach Quote in Deutschland verteilt, wobei Bayern insgesamt 15,5 % der unbegleiteten Kinder und Jugendlichen aufnehmen muss. Von diesen Kindern und Jugendlichen muss Forchheim laut Quote 0,9 % übernehmen. Forchheim hat seine Quote zu Beginn des Jahre 2019 zu etwa 80 % erfüllt. Durch Auszüge der Jugendlichen und beendete Hilfen sank die Quotenerfüllung bis Ende des Jahre 2019 auf etwa 55 %.

Daher wurden dem Landkreis Forchheim Ende Oktober zwei neu eingereiste unbegleitete Minderjährige zugewiesen.

Da nur wenig unbegleitete Minderjährige im Jahr 2019 nach Forchheim kamen und viele, in der Regel Volljährige, ausgezogen sind, sanken die Fallzahlen deutlich.

Im Laufe des Jahres 2019 wurden die stationären Wohngruppen eines Trägers komplett geschlossen. Die minderjährigen Bewohner wurden in anderen Wohngruppen untergebracht und ein Jugendlicher zog in eine Pflegefamilie. Die volljährigen Bewohner bemühten sich, eine eigene Wohnung zu finden. Dies gelang nur bedingt, weshalb ein junger Auszubildender seit dem Sommer 2019 bei einem Freund unterkommt.

Schulbesuch und Ausbildungsverhältnisse

Die umA besuchten zumeist die Berufsschule oder ortsansässige Mittelschulen. Ein junger Volljähriger bestand im Sommer 2019 die Abiturprüfungen und studiert seit dem Herbst an der Universität in Nürnberg. Mehrere Jugendliche bestanden die Prüfungen zum qualifizierenden Mittelschulabschluss. Ein weiterer Volljähriger besucht seit dem Herbst die 12. Klasse des Gymnasiums.

In der Berufsschule besuchen die Jugendlichen und jungen Volljährigen die Berufsintegrationsklassen. Die Berufsintegrationsklasse (BIK) schließen die Jugendlichen nach zwei Schuljahren mit dem einfachen Mittelschulabschluss ab. Die Betreuer der Wohngruppen unterstützen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen u.a. beim Bewerbungsschreiben und bereiten Vorstellungsgespräche mit ihnen vor. Zudem besuchen mehrere Jugendliche berufsvorbereitende Maßnahmen.

Im Sommer und Herbst 2019 begannen einige Jugendliche und junge Volljährige mit ihren Ausbildungen und Einstiegsqualifizierungen, u.a. als Sanitär- und Anlagenmechaniker, als

Verkäufer, als Autolackierer, als Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice, Elektroniker.

Auch kamen bereits einige ins zweite oder dritte Lehrjahr, u.a. als Verkäufer, Einzelhandelskaufmann, Dachdecker, Systemgastronom und Friseur.

Einige Volljährige wollten nach der Schule erst einige Zeit arbeiten, bevor sie eine Ausbildung beginnen. Sie sind zumeist über Zeitarbeitsfirmen angestellt.

Schwierigkeiten und Chancen

Viele der Jugendlichen und jungen Volljährigen halten sich bereits seit mehreren Jahren in Deutschland auf und sind gut integriert. Sie besuchen Vereine und konnten tragfeste Beziehungen zu Einheimischen aufbauen. Durch diese Kontakte verbessern sich ihre Sprachkenntnisse und mögliche Vorurteile können abgebaut werden.

Die Wohngruppen geben den Jugendlichen und jungen Volljährigen Halt und unterstützen sie bei der Alltagsbewältigung, dazu gehört neben Versorgung (z.B. Heim, Nahrung, Kleidung) auch die Beziehungsarbeit. Über das gemeinsame Zusammenleben, Gespräche und Unternehmungen entwickelt sich ein Gemeinschaftsgefühl – so wird die Wohngruppe für viele Bewohner zur Familie.

Während ihrer Zeit in den Wohngruppen machen die Bewohner viele Fortschritte und werden dort verselbstständigt.

Mit Volljährigkeit haben viele von Ihnen den Wunsch, eigenständig zu leben. Der Wohnungsmarkt in Forchheim ist jedoch so angespannt, dass es kaum bezahlbare Wohnungen gibt. Durch eine mögliche Entlassung in die Obdachlosigkeit, werden Fortschritte und positive Entwicklungen mit hoher Wahrscheinlichkeit gefährdet.

Mit dem Auszug beantragen viele junge Volljährige eine Erziehungsbeistandschaft und erhalten Unterstützung beim Übergang in die Selbstständigkeit. Die Grundlagen der eigenständigen Lebensführung (Sich-Versorgen, Ordnung-Halten, Umgang mit Geld, regelmäßiger Schulbesuch und Arbeit) gelang den meisten ehemaligen Bewohnern im Alltag der Wohngruppe gut, diese gilt es mit Auszug in die Selbstständigkeit zu übertragen.

Im Jahre 2019 kamen zwei Familien von unbegleiteten Minderjährigen im Rahmen des Familiennachzuges nach Deutschland. So konnten den Jugendlichen die Sorge um die Situation ihrer Familienmitglieder genommen werden, es traten jedoch auch einige neue Schwierigkeiten auf. Die Jugendlichen wurden häufig als Übersetzer eingespannt und mussten viele Aufgaben (z.B. Klärungen mit Behörden) übernehmen und konnten sich teilweise weniger um sich selbst und auch ihre Ausbildungen kümmern.

Viele der Jugendlichen und jungen Volljährigen haben Zukunftsängste und Sorgen sich um ihre Familien. Manche der uM haben keine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland und wurden zur Ausreise aufgefordert. In den Jahren 2018 und 2019 wurden mehrere ehemalige unbegleitete Minderjährige in ihre Heimatländer abgeschoben.

23. Fachstelle Seniorenplanung

Auftragsgrundlage:

Art. 69 Abs. 1 und 2 AGSG

Gesetzlicher Auftrag:

Die Landkreise und kreisfreien Städte sind verpflichtet, **integrative regionale senienpolitische Gesamtkonzepte zu entwickeln, die über die Feststellung des erforderlichen längerfristigen Bedarfs an Pflegeeinrichtungen hinausgehen.** Die senienpolitischen Gesamtkonzepte sollen nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ die Lebenswelt älterer Menschen mit den notwendigen Versorgungsstrukturen sowie neue Wohn- und Pflegeformen für ältere und pflegebedürftige Menschen im ambulanten Bereich umfassen.

Die Zukunft der Senioren gestalten

DEMOGRAFIE Die immer älter werdende Bevölkerung stellt den Landkreis Forchheim vor enorme Herausforderungen. Das neue Senioren-Konzept zeigt, wie dramatisch der Pflegezustand ist und was ältere Menschen wirklich brauchen.

Fränkischer Tag vom 27.11.2019

Tätigkeiten 2019:

Seit dem 01.11.2016 ist die Seniorenhilfeplanung mit einer halben Stelle im „Amt für Jugend, Familie und Senioren“ tätig. Seit 01.04.2019 konnte diese mit einer gesetzlichen Förderung nach §45c Abs. 9 über Mittel der Pflegekassen um 5 Stunden erweitert werden. Diese Erhöhung ist von einer jährlichen Genehmigung der Pflegekassen abhängig.

Es zeichneten sich folgende Arbeitsschwerpunkte ab:

- **Beschluss des seniorenpolitischen Gesamtkonzepts:**

Der Kreistag beschloss das Seniorenpolitische Gesamtkonzept als Grundlagenkonzept für die Seniorenarbeit im Landkreis Forchheim. Es zeigt den Entwicklungsbedarf an und stellt Ziele, Vorgehensweisen und Maßnahmenempfehlungen dar. Aus diesen ergeht keinerlei verbindliche Handlungspflicht für die jeweils benannten Umsetzungsinstanzen. Die Verwaltung wurde beauftragt, bei den jeweiligen Adressat*innen, auf die Umsetzung der Empfehlungen, hinzuwirken.

Um den basisorientierten Rahmen zu schaffen, wurde von der Seniorenplanung, neben der Zusammenführung bestehender Erhebungen, der Kreissenioresenring, welcher zuvor sechs Jahre nicht aktiv war, reaktiviert. Bestände und Bedarfe wurden partizipativ aktualisiert und unter Einbeziehung von Sekundärdaten und Forschungen zu Maßnahmenempfehlungen weiterentwickelt. Diese wurden bezüglich Ihrer sozialen Folgewirkung für Senior*innen und für alle Generationen, Realisierbarkeit, gesetzlicher Verpflichtung und Nachhaltigkeit von Akteur*innen bewertet und priorisiert.

- **Netzwerkarbeit**

Mitarbeit im Redaktionsteam des Sozialatlas, im Planungsstab Kreisentwicklung, in den Arbeitskreisen „Sektorübergreifende Kommunikation“ und „Senioren-gesundheit“ der Gesundheitsregion^{Plus}

Mitglied im Bildungsbeirat des Landkreises, der Bezirksarbeitsgemeinschaft der örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträger für die Sozialplanung, der Psychosozialen AG

Enge interne Zusammenarbeit mit der Jugendhilfeplanung und der Gesundheitsregion^{Plus}
Externe Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren (Fachstellen/Koordinator*innen der Seniorenplanung; Demografie Kompetenzzentrum; Regierung von Oberfranken; Bezirk von Oberfranken; Seniorenreferat des STMAS; etc.)

Teilnahme an der Dienstbesprechung der Koordinator*innen der Seniorenplanung/-arbeit
Halbjährliches Treffen der Seniorenbeauftragten des Landkreises

Regionale Treffen (z.B. im Rahmen des Förderprojektes „Marktplatz der Generationen in Kirchhennbach“ – Förderung des SENTA-Modellprojektes)

Treffen der ambulanten Dienste

Arbeitsgruppe „Essen auf Rädern“

Arbeitsgruppe „Mitfahrbänke“

- **Kreissenioresenring**

Der Kreissenioresenring setzt sich aus Vertretenden der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, Senior*innentreffen, Pflegeeinrichtungen, Kirchengemeinden, Verbänden und allgemein Organisationen aus dem Senior*innenbereich zusammen. Der KSR ist ein

Netzwerk- und Arbeitsgremium der -im weitesten Sinne- Seniorenorganisationen im Landkreis Forchheim. Er wurde für alle thematisch und fachlichen Organisationen und Einzelpersonen geöffnet (als Netzwerkpartner*innen). Ziel dabei ist, dass alle Beteiligten des Netzwerkes systematisch, vernetzt und ressourcenorientiert zusammenarbeiten, um gemeinsam passgenaue Lösungsstrategien zu erarbeiten. Übergeordnetes Ziel des geförderten Netzwerkes ist die Verbesserung oder der Erhalt der Qualität des Bereiches „Versorgung, Pflege und Senior*innen“ und somit der Lebensqualität der Senior*innen (Satzungsziel) im Landkreis Forchheim, sowie die Umsetzung entsprechender Empfehlungen aus Konzepten, v.a. Seniorenpolitisches Gesamtkonzept.

24. Qualitätsentwicklung

Arbeitshandbuch des Sozialen Dienstes:

Im Jahre 2013 wurde begonnen, das in den Jahren 2000-2003 entwickelte und 2003 fertig gestellte Arbeitshandbuch des Sozialen Dienstes neu zu überarbeiten und entsprechend den gesetzlichen Entwicklungen und vielen neu dazu gekommenen Aufgaben zu aktualisieren und zu ergänzen.

Das Arbeitshandbuch bildet die Organisationsstruktur des Amtes für Jugend, Familie und Senioren ab und legt Kriterien und Standards sowie Ablaufpläne fest, die die Grundlage und Leitlinie für die Arbeit des Sozialdienstes darstellen und damit die Qualität der Arbeit sichern. 2019 erfolgte eine gänzliche Neuüberarbeitung des Arbeitshandbuches.

Vernetzung:

Ebenso gehört es zum Standard, dass Austauschtreffen mit allen wichtigen Netzwerkpartnern erfolgen wie z.B. freien Trägern der Jugendhilfe, Beratungsstellen, Schulamt, Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit, Bildungsbüro, Gesundheitsregion^{plus}, Polizei, SAFE-Klassen.... und vielen anderen Kooperationspartnern erfolgen.

Informationsportal – Stellebörse (s. Homepage):

Seit 2015 können Träger bei der Personalakquise auf die eingerichtete Stellenbörse für Kindertageseinrichtungen auf der Homepage des Landratsamtes zurückgreifen

Informationsportal über freie Kita-Plätze (s. Homepage):

Als Serviceleistung für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises wurde auf der Homepage des Amtes für Jugend und Familie ein Informationsportal eingerichtet, dass Interessierten eine Übersicht über derzeit freie Kita-Plätze in sämtlichen 84 Kitas (Krippen/Kindergärten/Horten) des Landkreises gibt. Das Portal wird monatlich aktualisiert. Freie Plätze in der Tagespflege können direkt bei den Mitarbeiterinnen des Amtes für Jugend, Familie und Senioren nachgefragt werden.

Sozialatlas des Landkreises Forchheim

Der Sozialatlas des Landkreises Forchheim ist ein Informationssystem, welches Auskunft gibt über das bestehende Angebot an sozialen Hilfen und Bildungseinrichtungen im Landkreis Forchheim. Die Online-Datenbank heißt **www.sozialatlas-fo.de** und enthält eine Vielzahl von Angaben und Kontakten aus dem gesamten Sozial- bzw. Bildungsbereich und dem Gesundheitswesen.

Supervision/ Fortbildung

Alle Mitarbeiter haben die Möglichkeit der Supervision und regelmäßigen Fortbildung.

Inhouseseminar:

Im Januar 2019 konnte ein Inhouseseminar zum Thema „Zielsetzung in der Hilfeplanung“ für alle Mitarbeiter des Allgemeinen Sozialdienstes und Pflegekinderdienstes durchgeführt werden.

Organisationsstruktur Amt für Jugend, Familie und Senioren

Fachbereich 23 Amt für Jugend, Familie und Senioren

